

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Kleine Braunauerstr. 1/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, von Wode 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.92, wo keine Post am Orte, 3.24.

Beitrag für die einjährige Kolonialausgabe oder deren Raum 80 Pf. Ausländische Jahresgabe 40 Pf. Probeheft unter Zugl. 1 Bfl. Subskription für 1892 1.50 Pf. Subskription für 1893 1.50 Pf. Vereins- u. Vereinstätigen 15 Pf. Einmalige Beiträge 15 Pf. Einmalige Beiträge für die nächste Nummer werden bis zum 1. März bei der Expedition abgegeben.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Mr. 5.

Breslau, Dienstag, den 7. Januar 1913.

24. Jahrgang

## Der Wille zur Ohnmacht.

Die Vorgänge in der nationalliberalen Partei haben zurzeit eine höhere Bedeutung, als die eines landesüblichen Richtungsstreifs. Eine Partei bleibt im Grunde, was sie ist, sie kann nicht aus ihrer Haut heraus, sondern sie mauert sich höchstens langsam. Aber innerhalb der ihr gesetzten Grenzen gibt es immerhin Schwankungen der Stimmung, von denen ihre Taktik bis zu einem gewissen Grade abhängt. Wenn wir heute sehen, wie eifrig in der nationalliberalen Partei die Kräfte am Werke sind, die für eine Annäherung an die Konservativen eine günstige Stimmung zu schaffen suchen, so wissen wir, daß hier nicht nur eine politische Richtung in jener Partei nach grundsätzlicher Geltung strebt, sondern daß die Taktik der Partei zu entscheidender Stunde in einem bestimmten Sinne beeinflusst werden soll. Annäherung an die Konservativen heißt jetzt für die Nationalliberalen in Preußen Verzicht auf jeden ernstlichen Wahlkampf, Anerkennung der konservativen Herrschaft im führenden Bundesstaate, Aufgabe aller, auch der bescheidensten Bestrebungen zur Herbeiführung einer Reform des Wahlrechts.

Die Nationalliberalen wollen lieber das Junkerregiment in Preußen vereinen, als der Sozialdemokratie im preußischen Abgeordnetenhaus eine Stellung gewähren, die auch nur einigermaßen der Stärke ihres Anhangs im Volke entspricht. Und um dieses Ziel zu erreichen, verzichten sie tapfer und gründlich auf alle Vorteile, die ihrer eigenen Partei aus einem entschiedenen Wahlkampf im Zeichen der Junkerfeindschaft und der Wahlreform erwachsen müßten. Sie bescheiden sich mit der Rolle des fünften Rades am preußischen Staatswagen, die sie bisher mit so viel Opfermut und Hingebung gespielt haben. „Das Vaterland über die Partei“, lautet ihr Wahlspruch in der Theorie. Seine Verwirklichung läuft darauf hinaus, daß die schwarz-blauen Parteien unbeschränkt und dauernd über das Vaterland gestellt werden.

Eine solche Taktik einer sich liberal nennenden Partei läßt sich zwar nicht begreifen, aber immerhin rechtfertigen in Ländern, in denen ein entschlossener Kampf gegen rechts und ein demokratisches Wahlrecht zur Bildung einer sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit führen könnte. In Preußen besteht bis auf weiteres nicht die „Gefahr“, daß die Sozialdemokratie die Mehrheit erringen oder auch nur zu einem zahlenmäßig irgendwie ansehnlichen Faktor werden könnte. Diese „Gefahr“ besteht selbstredend nicht unter dem indirekten, öffentlichen Dreiklassenwahlrecht, sie wäre aber auch noch nicht vorhanden, wenn dem preußischen Staat das demokratischste Wahlrecht der Welt zu eigen wäre. Von 8,9 Millionen abgegebenen Stimmen entfielen bei den letzten Reichstagswahlen auf die Sozialdemokratie nur 2,4, das ist noch nicht ein Drittel. Von den 6,5 Millionen bürgerlichen Stimmen müßte die Sozialdemokratie, bei gleichbleibender Wählerzahl, noch 2,1 auf ihre Seite ziehen, sie müßte sich also beinahe noch verdoppeln, um die Mehrheit der Wähler auf ihre Seite zu bringen. Wie stark muß doch in der nationalliberalen Partei die Ueberzeugung von der Macht der sozialdemokratischen Ideen sein, wenn man in absehbarer Zeit einen solchen Fortschritt der Sozialdemokratie für möglich hält und seine Taktik dementsprechend einrichtet!

Fassen wir aber die Zustände ins Auge, nicht wie sie sein werden und sollen, sondern wie sie wirklich sind, so finden wir, daß die Folgen eines Rückgangs der Rechten und einer demokratischen Wahlreform in erster Linie dem Liberalismus zugute kommen müßte. Weder die schwarz-blauen Parteien, noch die Sozialdemokratie würden für sich allein die Mehrheit haben; die Liberalen würden zwischen rechts und links das Jünglein an der Waage bilden, ohne sie würde kein Gesetz mehr gemacht werden können. Und nicht nur an Macht der parlamentarischen Stellung, sondern auch rein zahlenmäßig würde der Liberalismus gewinnen, der heute, bei einer Wählerzahl von 1,8 Millionen Stimmen, über 101 Mandate im Dreiklassenparlament verfügt, während die Konservativen bei einer Wählerzahl von nur 1,4 Millionen 211 Mandate, mehr als das Doppelte, in ihrem Besitz haben.

Was für das Ganze gilt, gilt auch für den Teil. Niemand erwartet von den Nationalliberalen, daß sie, so wie sie nun einmal sind, das gleiche Wahlrecht und den Proporz auf ihr Banner schreiben würden. Sie würden aber ihre Situation schon bedeutend verbessern, wenn sie es darauf anlegten, im nächsten Landtag eine glatte Mehrheit für die direkte Geheimwahl zu schaffen und wenn sie zu diesem Zwecke versuchten, den Duzenden von Wahlkreisen, die bei überwältigender antikonservativer Wählermehrheit im Landtage doch konservativ vertreten sind, eine antikonservative Vertretung zu schaffen. Wenn die Nationalliberalen auf einen solchen Wahlkampf verzichten, so setzen sie damit nur die glorreiche Politik jener edlen Zwanziger fort, die sich am 20. Mai d. J. bei der Abstimmung über die direkte Geheimwahl absentierten und diese, gemeinsam mit den abgemauerten Zentrumsleuten, zu Fall brachten. Sie geben sich nicht nur als Feinde des Reichswahl-

## Neuer Balkankrieg, neue Weltkriegsgefahr.

### Scheitern der Friedensverhandlungen?

London, 6. Januar. Die Delegierten der Balkanstaaten veröffentlichten eine Erklärung, daß, wenn die Türken am Montag nicht alle Forderungen des Ultimatums der Verbündeten erfüllen, die Verbündeten die Verhandlungen abbrechen werden.

Drei Tage später sollen die Feindseligkeiten auf der ganzen Linie wieder aufgenommen werden.

Der unmittelbar drohende Abbruch der Londoner Friedensverhandlungen ist nicht nur in rein menschlichem Interesse zu bedauern. Grauenhaft und entsetzlich ist der Gedanke, daß nach ergebnislosen Verhandlungen die Forderung aufs neue ihren Lauf nehmen soll, aber schlimmer noch als das, was dem Balkan droht, ist das Aufleben der Weltkriegsgefahr, das der Wiederausbruch des Balkankrieges im Gefolge haben müßte. Zum zweiten Male wäre der Beweis geliefert, daß die europäischen Großmächte nicht imstande sind, die Ereignisse im nahen Osten zu meistern, und zum zweiten Mal würde sich aus solchem Versagen die Schlussfolgerung aufdrängen, daß die Ohnmacht der Großstaaten nur durch den Mangel ihrer Einigkeit verursacht sein kann.

Neben den kriegführenden Parteien hat in London die Botschafterreunion getagt, und über die friedlich-harmonische Stimmung, die auf ihr herrscht, ist uns viel Näherliches berichtet worden. Nichts aber hat man davon gehört, daß die Reunion willens und imstande sei, im Streit um den Orient die Rolle des Schiedsrichters zu spielen und durch das moralische Gewicht ihres einstimmigen Votums die dauernde Einstellung der Feindseligkeiten zu erzwingen. Daraus geht hervor, daß die Reunion Mühe genug hat, die Gegensätze unter ihren Teilnehmern zu besänftigen, jedoch ihr nicht Zeit und Kraft bleibt, den Pönifik zwischen der Türkei und den Balkanstaaten zu einer Lösung zu bringen, die kein weiteres Blutvergießen erfordert.

Kommt es zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, dann wird die Stimmung, die eine Ausgleichung zwischen den europäischen Mächten begünstigt, gar bald wieder ins Schwanken geraten. Gegenseitige Beschuldigungen, den ergebnislosen Ausgang der Friedensverhandlungen verschuldet zu haben, werden nicht ausbleiben. Noch immer sieht die Welt in Deutschland den Advokaten der Türkei, und diejenigen bürgerlichen Blätter, die die türkische Regierung zum Festhalten an Adrianopel und den ägäischen Inseln ermutigen, tun sicherlich nichts dazu, den alten Verdacht zu zerstreuen. Man sagt da, daß die Preisgabe Adrianopels und der Inseln der Negäis den inneren Zusammenbruch der Türkei zur Folge haben müßte, und übersteht dabei, daß durch den Wiederbeginn des Krieges und die Fortsetzung der türkischen Niederlagen dieser Zusammenbruch nicht aufgehalten, sondern nur beschleunigt und verschärft werden kann. Was aber hätte gar die Welt von einer recht unwahrscheinlichen Wendung des Kriegsglückes zu Gunsten der Türkei zu erwarten? Durch türkische Siege könnte nur eine Entwidlung, die allgemein als geschichtlich notwendig anerkannt worden ist, wieder illusorisch gemacht werden. Die alldeutsche Türkenfreundschaft aber, die durch den Verlauf der Ereignisse vollkommen entmutigt ist, würde wieder Oberwasser bekommen und das Verhältnis des Reiches zu den Balkanstaaten und den Mächten der Tripleentente aufs unheilvollste beeinflussen.

Nach allem, was man von der Botschafterreunion in London weiß, ist ihr Wert der Einigung noch lange nicht so weit gediehen, daß es durch einen Umschwung der Stimmungen nicht wieder in Frage gestellt werden könnte. Zwar besteht Einigkeit darüber, die Unabhängigkeit Albanien anzuerkennen, aber was Albanien nun eigentlich ist, darüber ist man sich noch nicht im reinen, darüber schwanken noch die Ansichten. Nach der Meinung der Albaner selbst ist Albanien ein ungeheures Gebiet; nach den Vorschlägen Oesterreichs und Italiens ist es noch immer ein sehr bedeutendes Territorium, aber nach den Forderungen Serbiens und Montenegros schrumpft es zu einem sehr bescheidenen Gebilde zusammen. In der Frage der albanischen Grenzfestsetzung sind also noch sehr erhebliche Schwierigkeiten zu lösen, und auf die Verhandlungen, die darüber geführt werden, muß die Wiederaufnahme des Krieges ungünstig zurückwirken.

Dazu kommt der sich verschärfende rumänisch-bulgarische Konflikt. Man hat noch nichts, zum mindesten nichts Bestimmtes, darüber gehört, wie sich die Londoner Botschafterreunion zu dieser überaus heißen Frage stellt. Rumänien fordert als Kompensation für die bulgarische Machtvermehrung von Bulgarien Abtretung

eines Gebiets, das bisher unbestritten bulgarisches Eigentum war und von Bulgaren beböhrt ist. Seine Ansprüche werden vom Dreibund, zum mindesten von Oesterreich und Deutschland, unterstützt. Wird es der Londoner Reunion gelingen, entweder Bulgarien zur Nachgiebigkeit, oder aber die Dreibundmächte zu einem Rückzug aus ihrer rumänischen Position zu bewegen? Wenn weder das eine noch das andere geschieht, dann muß für eine nahe Zeit mit einem rumänisch-bulgarischen Kriege gerechnet werden, den die Ruhe nicht nur des Balkan, sondern ganz Europas in gefährlichster Weise erschüttert.

Grundlage aller bisherigen Verhandlungen war schließlich auch die Voraussetzung, daß es der Türkei gelingen werde, sich auf ihrem asiatischen Gebiet zu konsolidieren. Wird aber der Krieg wieder ausgenommen, dann wird es zu einer Lebensfrage nicht nur für die europäische, sondern auch für die asiatische Türkei, denn wenn auch das türkische Land jenseits der Dardanellen von den Verbündeten nicht unmittelbar bedroht wird, so sind doch die Kämpfer auf türkischer Seite zum großen Teil Asiaten, und die Wirkungen, die ihre Rückkehr in die Heimat nach beendetem Kriege haben werden, sind nicht abzusehen. Der Zusammenbruch der türkischen Herrschaft in Vorderasien würde aber für den europäischen Frieden die stärkste Belastungsprobe bedeuten, der er überhaupt ausgesetzt werden kann.

Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten oder der definitive Friedensschluß sind also nicht eine Angelegenheit nur der Balkanländer. Wird der Krieg fortgesetzt, dann ist auch für das europäische Proletariat der kurze Waffenstillstand vorüber, dann gilt es auch für die Arbeiter, den Zustand der Bereitschaft zu verstärken zur Abwehr einer Gefahr, die nicht den Balkan allein bedroht.

### Montag soll die Entscheidung fallen.

London, 4. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist Reschid Pascha im letzten Augenblick mit Romanowitsch, der heute den Vorsitz führen sollte, übereingekommen, die nächste Sitzung der Konferenz bis Montag, nachmittag 4 Uhr, zu verschieben, um den türkischen Delegierten Gelegenheit zu geben, neue Instruktionen einzuholen.

Konstantinopel, 6. Januar. Die Pforte hat ihre Botschafter beauftragt, den Mächten in einem Rundschreiben zu erklären, daß die Türkei, um ihren Wunsch darzutun, den Frieden zum Abschluß zu bringen, alle möglichen Opfer bringen und auf alles Gebiet westlich von dem Wilajet Adrianopel verzichten wolle. Aber sie sei gezwungen, auf dem Besitz von Adrianopel zu bestehen, das für die Verteilung der Hauptstadt nötig sei. Die Pforte könne die Inseln des Archipels niemals aufgeben, um aber ihre Friedensliebe zu beweisen, habe sie auf ihre Rechte auf Kreta verzichtet. Die Pforte hofft, daß die Mächte die Logik ihrer Beweisgründe anerkennen werden.

### Die Fassung der Pforte.

Konstantinopel, 4. Januar. Der Ministerrat beschloß, auf den bisherigen Bedingungen der Pforte bezüglich der ägäischen Inseln und Adrianopels zu bestehen. Der Abbruch der Verhandlungen wird als bevorstehend angesehen.

### Intervention der Mächte?

Paris, 5. Januar. Der „Matin“ schreibt zur Situation in London: In der für Montag angefügten Antwort auf das Ultimatum der Balkanstaaten wird die Türkei endgültig zu bestehen geben, daß sie auf keinen Fall in eine Abtretung Adrianopels einwilligen könne. Ueber die eventuell wieder aufzunehmenden Feindseligkeiten sagt das Blatt weiter: Drei bis vier Tage werden vom Abbruch der Unterhandlungen bis zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verstreichen müssen. Diese drei oder vier Tage halten die Mächte für genügend, um sich Leinung zu intervenieren. Diesbezügliche Unterhandlungen sind bereits zwischen den verschiedenen Hauptstädten angeknüpft; die Mächte werden alles tun, um ein weiteres Blutvergießen zu verhindern. Sie werden den Versuch machen, die Türkei zu veranlassen, auf Adrianopel zu verzichten, und sind der festen Hoffnung, daß ihre Schritte nicht vergeblich sein werden. In unterrichteten Kreisen will man wissen, daß der englische Minister des Auswärtigen es war, der den türkischen Delegierten den Rat gab, die Verhandlungen auf Montag zu verlagern und nicht schon gestern den Balkanverbündeten ihre verneinende Antwort vorzulegen, damit diese Zeit gelassen bleibe, sich über die zu unternehmenden Schritte zu verständigen. Die türkischen Delegierten nahmen diesen Vorschlag Sir Edward Grey um so lieber an, als sie auf die Unterstützung der Mächte rechnen, um einen Teil der Forderungen der Balkanstaaten zurückweisen zu können.

(Weiteres siehe Beilage und Reuters Nachrichten.)



rechts zu erkennen, sondern verkünnen auch die von ihnen selbst aufgestellte Forderung des geheimen und direkten Wahlverfahrens.

Von Konservativen und Nationalliberalen wird die Annäherung der Nationalliberalen an die Konservativen eifriger denn je betrieben; die bürgerlichen Parteien, heißt es, sollen sich unter einander nicht mehr zerfleischen, sondern sich zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Hände reichen. In Anwendung auf die preußischen Landtagswahlen heißt das: die Stellung der Junker soll gesichert, das Zustandekommen einer wahlreformfreundlichen Landtagsmehrheit verhindert, die Erfüllung des Wahlrechts-Verprechens von 1908 bis zum St. Nimmerleinstag verschoben werden.

Wenn die Nationalliberalen durch Mitarbeit an der Verwirklichung dieses Programms ihren Willen zur Selbstkastation und zur parteipolitischen Ohnmacht bekunden, so ist das ganz ihre Sache, und ein Außenstehender hat nicht das Recht, ja nicht einmal den Wunsch, sie in diesem Beginnen zu stören. Die Sozialdemokratie aber hat den Willen zur Macht und wird ihn mit der gleichen gesunden Rücksichtslosigkeit wie bisher zu betätigen wissen. Je mehr der bürgerliche Liberalismus seine Schwäche entblößt, desto mächtiger wachsen ihre Bataillone, und je gründlicher die Hoffnungen auf einen langsamen und ruhigen Fortschritt in Preußen betrogen werden, desto lebendiger werden jene Stimmen der Tiefe, die das Spießbürgertum am unfehlbarsten hört.

Seute beginnt der Parteitag der preußischen Sozialdemokratie. Wir wissen noch nicht, was er beschließen wird, und noch weniger, ob seine Beschlüsse den linksliberalen Herren gefallen werden. Aber die gedankenlose Redensart, die Haltung der Sozialdemokratie „nütze allein der Reaktion“, hoffen wir doch nicht wieder zu hören von Seiten einer Partei, die mit den preußischen Nationalliberalen im Bunde steht!

### Politische Uebersicht.

#### Die aufgelagene Finanzkonferenz.

Die Beratungen, die der Bundesrat am 4. d. Mts. an der Einziehung der Finanzminister der größeren Bundesstaaten über die Frage der Besteuerung gepflogen hat, haben, wie aus allen Berichten übereinstimmend hervorgeht, mit einem glatten Misserfolg geendet.

So meldet die „Tägl. Rundschau“:

Wie man uns mitteilt, haben die heutigen Beratungen im Bundesrat zu keinem Ergebnis geführt. Es haben sich vielmehr so weitgehende Meinungsverschiedenheiten gezeigt, daß es nicht möglich war, zu einer Einigung zu gelangen. Der Reichsminister will nunmehr versuchen, durch direkte Verhandlungen mit den Regierungen der Bundesstaaten die Beratungen zu fördern und sodann eine zweite Konferenz der Finanzminister einzuberufen.

In etwas verschämter Form muß auch der halböffentliche „Berliner Lokalanzeiger“ das vollständige Flasken der Finanzkonferenz zugeben. Er meldet:

Entgegen anderweitigen Mitteilungen erfahren wir, daß es zu irgendwelchen Beschlüssen nicht gekommen ist. Es hatte sich lediglich um eine Vorberingung der Materie gehandelt. Alles, was darüber hinaus berichtet wird, ist in das Gebiet der Kombination zu verweisen. Die Stellung Sachsens zur Erbschaftsteuer ist bekannt, da man in diesem Bundesstaat aus seinen Sympathien für diese Form der Besteuerung kein Verbot gemacht hat.

Es ist also Herr v. Bethmann noch immer nicht gelungen, alle Regierungen davon zu überzeugen, daß zur Wahrung der Staatsautorität gegenüber der Sozialdemokratie eine löbliche Unterwerfung unter das schwarze Gebot und ein demütiger Verzicht auf die Regierungsprivilegien von 1909 notwendig sei. Was er aber als Ersatz für die

preisgegebene Erbschaftsteuer vorgeschlagen hat, muß schon danach gewesen sein, wenn er dafür nicht einmal unter den Regierungsvorkämpfern der Einzelstaaten eine Mehrheit zusammenbringen konnte. Für diese Vorschläge scheint das Dichterwort am Platze zu sein: „Hier wendet sich der Gast mit Grauen.“

Die einzelstaatlichen Finanzminister haben angehört, was man ihnen in Berlin zu sagen hatte, und sind dann mit den nächsten Sitzungen wieder nach Hause gefahren. Und der berühmte Stand der Dinge liegt auch heute noch wie er gestern stand. Die Besteuerungsfrage kommt über den toten Punkt nicht hinaus, man fängt immer wieder von vorne an, um demnächst wieder da zu sein, wo man schon vor einem Jahr gewesen ist.

Vor drei Jahren hat man gesehen, wie rasch man dabei ist, den Armen Hunderte von Millionen neuer Steuern aufzubürden. Und seit drei Jahren kann man nun sehen, wie schwer es fällt, den Reichen auch nur ein paar Groschen abzunehmen. Man will die Einigkeit der bürgerlichen Parteien nicht stören, indem man den Junkel der Erbschaftsteuer unter sie wirft, man wird aber durch das Schauspiel, das man hier bietet, bald die ganze Bevölkerung gegen sich haben in der Opposition gegen dieses klägliche System!

#### Die Konkurrenzklause und der Liberalismus.

Bekanntlich hat der Hansabund eine Vorbereitungsstelle für Angehörige eingerichtet, an der das schöne Firmenbild prangt: „Angelegenheitsausschuß“. Hier werden die Privatbeamten, Kaufleute und Techniker nach allen Regeln der Kunst eingeseilt und über den Köpfel barbiert. In ihrer Freude, von so vornehmen Leuten, wie es die im Hansabund vereinigten Unternehmer sind, in Behandlung genommen zu werden, lassen die Leute alles mit sich machen und verzichten in dem Ausschuss gern auf die Forderungen, die sie draußen aufgestellt haben. Besonders sind es der Leipziger Handlungsgehilfenverband und der 1888er Kommissarverein, die sich die Freundschaft der Hansabündler etwas kosten lassen, und die Vertreter dieser beiden Organisationen haben sich denn auch in der Frage der Konkurrenzklause zu einem Kompromiß bereit finden lassen, das nicht nur von links, vom Zentralverband der Handlungsgehilfen, sondern sogar vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande als gänzlich undiskutabel bezeichnet wird. Was ist, daß die deutschnationalen durch ihr energisches Auftreten in diesem Fall ihren in der Versicherungswahlkampagne stark zu Schaden gekommenen Ruf wieder aufbessern wollen, jedenfalls kann man ihnen zugeben, daß sie das Verhalten der im großen und ganzen liberal gerichteten Organisationen, die im Schlepptau des Hansabundes fahren, recht zutreffend charakterisieren.

Nicht minder haben sie aber auch mit den Bemerkungen recht, die sie über die Haltung des Liberalismus selbst in dieser Angelegenheit machen. Die „Handelswoche“, ein deutschnationales Organ, knüpft sich insbesondere den freisinnigen Abgeordneten Weinhäuser, den Reichstags-Sozialpolitiker der Fraktion, vor. Sie erzählt, daß er, als der Gesetzentwurf erschienen sei, in einem halben Hundert Generalanzeiger einen langen Leitartikel darüber veröffentlicht, aber nicht gesagt habe, wie er selber über die Konkurrenzklause denke. In einem Aufsatz in der „Hilfe“ vertritt Weinhäuser jetzt die Formel des Hansabundes und nun apostrophiert ihn die „Handelswoche“ also:

„In Ihrem neuesten Aufsatz in der „Hilfe“ ziehen Sie sich vornehmlich und nicht ohne Rüdendebung gegenüber Ihren kommerziellen Parteifreunden auf die Blottform zurück, die der Hansabund seinen Leuten gebaut hat. Offenlich werden Sie aber noch im Reichstag genötigt, bei der Abstimmung zu bekennen, daß Sie die Konkurrenzklause so hassen, wie es nach den Wahltendenzen den Anschein hat.“

In der Kritik des Liberalismus können wir ausnahmsweise einmal mit den deutschnationalen überein-

kommen. Nur über rascht uns seine Haltung nicht weiter. Das Erstaunen überlassen wir jenen naiven Gemütern, die ernsthaft geglaubt haben, der Freisinn könne eine energische Arbeiterpolitik treiben. Ja, wo sollten denn keine Mitglieder aus dem Unternehmerstande bleiben? Sie haben zwar verhältnismäßig wenig Stimmen, aber sie besitzen sehr viel Geld und auch die Rücksicht auf die famose Organisation liberaler Arbeiter und Angestellten, die unter der glorreichen Führung der Erlenz und Tischendorfer den Lohnempfängern den Weg zur Sozialdemokratie verlegen möchte, wird die Fortschrittspartei nicht veranlassen, eine Politik zu treiben, durch die sie sich die Gunst der Kommerzienräte, Bankdirektoren usw. verschertze.

### Der Bund

#### zwischen Junkern und Großindustrie.

Der Bericht der Essener Handelskammer für das vergangene Jahr behandelt u. a. auch die Stellung der Großindustrie zu den Agrariern. Anknüpfend an die Preissteigerung und die schwächlichen Versuche der Regierung, die Fleischnot durch Einfuhrerleichterungen etwas zu mildern, stellt sich der Handelskammerbericht auf den durchaus agrarischen Standpunkt, daß fremdländisches Geflügelfleisch nicht eingeführt werden dürfe, um der deutschen Landwirtschaft den Profit nicht zu schmälern. Es sind alle die bekannten agrarischen Redensarten, die auch in diesem Dokument der rheinisch-westfälischen Großindustrie wiederkehren, wie, daß Deutschland mit seiner Versorgung von Lebensmitteln unabhängig vom Ausland bleiben, daß die landwirtschaftliche Produktion so gefördert werden müsse, um allein die Ernährung des Volkes bestreiten zu können. Für dieses Entgegenkommen gegen die agrarischen Wünsche verlangt nun die Großindustrie auch Gegenleistungen:

„Umgekehrt dürfen allerdings auch die landwirtschaftlichen Kreise nicht verkennen, daß der gewerbliche Arbeiter hohe Lebensmittelpreise nur so lange ertragen kann, als der gewerbliche Unternehmer in der Lage ist, entsprechend hohe Löhne zu zahlen, und daß schon aus diesem Grunde die Landwirtschaft alle Veranlassung hat, ihrerseits den Schutz und die Förderung der heimischen Gewerbebetätigten nicht nur auf Zoll- und handelspolitischen Gebieten, sondern auch auf gewerbepolitischen und verkehrspolitischen Gebieten auf ihre Fahne zu schreiben und Maßnahmen, die die Produktion unumgänglich erschweren und verteuern und ihre geordnete Weiterentwicklung zu behindern geeignet sind, von ihr fernzuhalten. Der Grundgedanke vom Schutz der heimischen Arbeit muß eben beiderseits, in landwirtschaftlichen Kreisen nicht minder wie in den Kreisen unserer Gewerbebetätigten, festgehalten und praktisch betätigt werden. Die berechtigten Ansprüche beider Teile müssen gegenseitig anerkannt und miteinander vertreten werden mit den landwirtschaftlichen Interessen müssen auch die gewerblichen Interessen die gebührende Würdigung und Berücksichtigung finden, kurz, es muß ein gerechter Ausgleich Platz greifen.“

Bisher, so meint der Essener Handelskammerbericht, hätten es die Agrarier vielfach an Entgegenkommen gegen die Großindustrie fehlen lassen, insbesondere, wenn es sich um Verkehrsfragen gehandelt habe. Auch auf anderen Gebieten sei ein solches „restriktives“ Verhalten der landwirtschaftlichen Kreise gegenüber wichtigsten Interessen der Gewerbebetätigten zu konstatieren gewesen, selbst in Fällen, wo keinerlei erkennbares gegensätzliches Interesse allgemeiner oder landwirtschaftlicher Art vorlag.“ Das entspreche nicht dem gewünschten Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen den Agrariern und der Großindustrie.

Die Junker werden nun schleunigst in sich gehen, werden sich mit den Großindustriellen vereinigen und gemeinsam an der Ausbeutung des Volkes arbeiten. Eine stillschweigende Uebereinstimmung zwischen Schlot- und Krautjüngern besteht ja schon längst, es fehlt nur noch, daß der Bund in aller Form geschlossen und besiegelt wird. Dann werden insbesondere auch Reibungen in der Frage, in welchem Maße die „Versicherungsprämien“ der Küstungsausgaben dem

## Im ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben von Johan Falkberget.

6] (Nachdruck verboten.)

Jonke schloß den Schloß immer noch schwer in allen Gliedern liegen. Die Augen wollten ihm zufallen. Wie im Naferei rüff er nach den Steinen. Die scharfen Ecken und Kanten zerschmitten ihm die Finger. Aber die Schmerzen, die das verurteilte, kamen ihm fast wie eine Wohltat vor.

Und er starrte mit einer Art wahnsinniger Freude auf das Blut, das von den Fingern tropfte. Wie dieses Blut doch so frisch und rot war ... es kam ja auch gerade aus dem Herzen. Er stand hier und spähte sein Herzblut für diese höllischen Erze.

Das Maschinenungeheuer war unerfährlich. Es konnte ganze Berge in sich hineinstreifen und wurde doch weder satt noch müde.

Jimm-Morten riß verzweifelt die Ringe vom Kopf und warf sie von sich.

Er lag auf den Knien und arbeitete, daß ihm die Fänge aus dem Halfe hing. Ein schwaches Grauen vor der Nacht war über ihn gekommen. Eine Ahnung von etwas Schrecklichem, das bevorstand, war in ihm aufgeschlagen. Er hatte in der letzten Nacht einen so unheimlichen Traum gehabt. Er hatte seinen Vater, der bei Lebzeiten Hausbesitzer war, im Leisengericht in der Bergkuppe umherlungeln sehen. Ja, Morten hatte sogar gehört, wie es raffelte in dem Leisengericht des Vaters. So etwas ging nicht mit rechten Dingen zu und war ein Vorzeichen des Todes.

„Du, Jonke“, rief er und wuschelte sich den Schwanz von den knien Lippen.

„Ja!“ Jonke blinnte nicht von der Arbeit auf.

„Hier gibt's genug an Leiche die Nacht!“

Antwort erhielt er nicht darauf. Aber die Augen des Jüngerjungen wurden groß und speckelrot.

„Gott!“

Die Leuchtweite wurde ihm hellend heiß in den Händen. Die großen Schenkelgabeln hielten einmal über das andere nach ihm aus, als wollten sie ihn in ihren rasenden Wirbel hineinstecken.

Einige dunkle Gefallen leuchteten in der Nähe der Maschine auf. Es waren Bergleute, die kamen, um an die Arbeit zu gehen.

Wie Schatten in grauer Nacht schlichen sie gekniet und kamen herüber. Und ihre eisenschlagenden Schritte schlugen Töne auf dem Gefirn.

„Was, zum Teufel!“

Er schaute wie ein wildes Tier.

„Lag nicht der Jüngerjunge da und schlief? — Der Aufsehermann verfehlt ihm ein paar Tritte mit den eisenschlagenden Stiefeln.“

„Der Satan hole den famen Berg!“

„Schleud und verschlafen ist er der Junge auf. Er fürzte an die Maschine und lehte sie in Gang.“

Der Aufsehermann zog noch einmal seine Talmuhr aus der Tasche.

„Wie sollten sie aber endlich einmal anpacken — ordentlich daranföhnen! Das war doch keine Art, so mit der Zeit zu ecken.“

Schweigend gingen sie dahin, die Klode zu Boden gerichtet.

Der Schneesturm raste ... Ein kalter Wind kam von Norden her. Der Schnee trieb und wirbelte über die vereiste Erde.

Jimm-Morten stand wieder da und murrte, daß diese Nacht einem ein Unglück zustoßen werde. Jetzt eben hatte er droben auf dem Berggipfel wieder eine Gestalt gesehen, die sich über des Steingeröll dahinschleppte ... Und Morten schüttelte bedenklich den Kopf.

Das Gespenst eines Bergunglückten war es offenbar. Denn das Haupt hing der Erstickung an blutiger Kehle schlendernd hintenüber. Der eine Fuß war dem Gespenst gebrochen und schiefte hintenach.

Jonke schauerte zusammen. Der Jünger-Morten war wohl nicht ganz bei Sinnen.

„Was war ihm große fragende Klode zu. Der Junge hätte nicht genau gehört, was Jünger-Morten erzählte. Aber vom Tode war es ... Und die Arme stangen ihm an zu zittern. Vor Angst wurde ihm wirr im Kopf.“

„Du irrst wohl, Morten“, sagte Jonke.

„Er flücht die Angst, die in seinen eigenen Worten lag.“

Aber Morten schüttelte nur den Kopf.

Eine Ruhepause war eben vorüber. Eine Stunde nach Mitternacht.

Jonke und Morten kamen aus der Bergkuppe.

Sie fanden den Jüngerjungen schlafend an der Maschine. Er lag mit dem Kopf auf einem Stein. Krampf vor Uebermüdung, wie er war, hatte er es nicht vermocht, in die Hütte zu gehen.

Ein Aufsehermann kam gerade herzu. Er war rasend, daß die Maschine noch nicht in Gang gesetzt war. Es war ein paar Minuten über die Zeit ...

Und er holte eine große Talmuhr aus der Westentasche hervor.

„Was, zum Teufel!“

Er schaute wie ein wildes Tier.

„Lag nicht der Jüngerjunge da und schlief? — Der Aufsehermann verfehlt ihm ein paar Tritte mit den eisenschlagenden Stiefeln.“

„Der Satan hole den famen Berg!“

„Schleud und verschlafen ist er der Junge auf. Er fürzte an die Maschine und lehte sie in Gang.“

Der Aufsehermann zog noch einmal seine Talmuhr aus der Tasche.

„Wie sollten sie aber endlich einmal anpacken — ordentlich daranföhnen! Das war doch keine Art, so mit der Zeit zu ecken.“

Darauf verschwand er.

Sie hatten eine Weile gearbeitet.

Und es ging wild zu ...

Da erscholl plötzlich ein furchtbarer Schrei an der Maschine.

Ein Todesgeschrei ...

Der Jüngerjunge war zwischen die Treibriemen gekommen die ihn mit einem Knut in das herumwirbelnde Räderwerk hineingerieten.

Man hörte es knirschen und knaden von seinen Knochen als ob sie ganz in Stücke gebrochen und umhergeschleudert würden.

Blut siedete auf dem warmen Eisen der Maschine. Fleischstücke lagen hier und dort dampfend auf den Steinen herum.

„Ach jel ... Ach jel!“

Jünger-Morten lief wie wild umher und suchte mit den Armen.

Jonke sprang herbei und stellte die Kraft ab. Räder und Riemen kamen zur Ruhe ... nach und nach ...

Die beiden Bergleute standen starr vor Schreck. Alles war so plötzlich gekommen. Sie konnten kein Wort herausbringen.

„Ich wußte das ... ich wußte das!“ kam es endlich leiser aus Mortens Munde. Jonke stand immer noch stumm da.

Er konnte es noch gar nicht recht begreifen, daß es Wirklichkeit war ...

Sie gingen zu der Leiche. Sie stehen sich auf die Knie nieder. Ein Arm war abgerissen. Der Kopf hing nur noch lose mit dem Körper zusammen.

Jünger-Morten nahm das Haupt und legte es auf den Schultern zurecht.

„Gott erbarm!“ sagte er.

„Es lag ein verhaltenes Schluchzen auf seinen Lippen.“

Sie blieben lange bei der Leiche hocken und konnten gar nicht recht zur Arbeit kommen ... hatten nur das Bewußtsein, daß etwas Furchtbares geschehen war. Eben jetzt, diese Nacht ...

Dann fanden sie auf und ranneten nach der Bergkuppe. Jonke voran mit langen Schritten. Jünger-Morten humpelte hinterdrein.

Die Leute in der Hütte wurden geweckt, und in hastigen Worten wurde ihnen von dem Unglück erzählt.

Von Entsetzen gepackt, sprangen sie von den Betten auf. Daum, daß sie sich Zeit ließen, richtig was zu werden, standen sie schon halbnacktet bei der Leiche.

Keiner berührte sie ... Sie fanden nur und starrten den Leichnam an.

Dann kamen ein paar Männer mit der Tragbahre.

(Fortsetzung folgt.)



Dolfe aufzuerlegen sind, verschwinden. Das Gegenseitigkeitsgeschäft basiert eben doch auf dem Grundgesetz: der Großindustrie große Profite, den Agrariern hohe Zölle und Lebensmittelsteuern.

**Wer wird Staatssekretär des Auswärtigen?** Wie die Berliner Morgenpost aus diplomatischen Kreisen zuverlässig erfährt, ist die Entscheidung über die Nachfolge des Herrn v. Kiderlen-Wächter bereits gefallen. Herr v. Jagow, unser Vorkämpfer am Quirinal, hat seine Verdienste gegen die Annahme des Postens eines Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes fallen lassen und die an ihn ergangene Verurteilung angenommen.

**Nach ein Prozeß der Mahrgelung des Pfarrer Traub.** Aus den Kämpfen um Pfarrer Traub ist eine Privatklage entstanden, die vor der 17. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte zur Verhandlung anstand. Privatkläger ist Prof. Dr. Baumgarten-Kiel. Angeklagter ist der verantwortl. Redakteur des „Evangelischen kirchlichen Anzeigers“, Superintendent a. D. Th. Brandin. Nach dem Traubprozeß hatte Prof. Dr. Baumgarten in einer Veröffentlichung in fünf Punkten des Urteils gegen Traub den Oberstufenrat zu Berlin unwarhaft behauptungen beschuldigt. Darauf erschienen in den Nummern 39 bis 41 des „Evangelischen kirchlichen Anzeigers“ drei Artikel unter der Überschrift: „Nachklänge zum Prozeß Traub“, die die Grundlage der Verleumdungsklage bilden und in denen in scharfen Ausdrücken Prof. Baumgarten u. a. der Unwahrheit geziehen wird. Nach Verleumdung auch der drei inkriminierten Artikel erklärte der Angeklagte: Wenn ich eine erregte Sprache führte, so liegt das daran, daß der Privatkläger in Vorträgen, die er in Kirchen, in Sölglingen und in Schulen gehalten hat, horrende Ausdrücke gegen die höchste Behörde gebraucht hat. Auf einen großen Klage gehört ein großer Keil. Ich bin auch der Ansicht, daß der Privatkläger in seiner Stellung als Lehrer der Jugend nicht in einem solchen Tone sprechen durfte, sondern die Jugend zur Ehrerbietung gegen die höchsten Behörden erziehen soll. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf 500 Mark Geldstrafe. Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus: Die drei Artikel enthalten schwere Verleumdungen des Privatklägers. Die schwerste Verleumdung liegt in dem Ausdruck „Agitator“, der dem Privatkläger vorgeworfen wird. Der Beschuldigte ist 1881 bei dem Angeklagten verhaftet worden, da es an einer dem Angeklagten nahegelegenen Angelegenheit fehlte. Dagegen ist dem Angeklagten der gute Glaube zugebilligt worden. Gleichwohl aber sei eine hohe Geldstrafe am Platze, da die Verleumdungen gegen den Privatkläger, die zum Teil persönlicher Art seien, äußerst schwere seien.

**„Weltpolitische Vorrechtegebiete.“** Um jeden Preis suchen bekanntlich die Imperialisten Bündel mit anderen Mächten, um kapitalistische Interessen zu fördern. So schreibt die „Magdeburger Zeitung“ u. a.: „Wir meinen, auch wenn es einwilen noch nicht zu einer tatsächlichen Aufstellung der asiatischen Türkei kommt, wird es sich doch nicht umgehen lassen, daß die Mächte hier unter dem Fortbestande des Sultanats ihre Interessensphären wahren — oder nennen wir es einmal mit deutschem Namen: ihre Vorrechtegebiete. Deutschland hat, solange es irgend möglich, festgehalten an der Politik der offenen Tür; sie war unser oberstes weltpolitisches Glaubensbekenntnis. Aber eine Macht allein kann die Politik der offenen Tür nicht durchsetzen, wenn die anderen mit der Schaffung entweder von Protektorat oder doch von Interessensphären in allen hierfür zugänglichen Gebieten vorgehen und den Rahmen jener Länder immer enger ziehen, in denen noch von der offenen Tür, von dem freien Wettbewerb aller Weltmächte die Rede sein kann. Auch Deutschland muß sich nach dem Beispiel der anderen heute mehr und mehr bekennen zu der Politik der Schaffung von Vorrechtegebieten, und es muß sehen, daß es bei ihrer Verteilung nicht zu kurz kommt. Lange genug haben wir uns ehrlich bemüht, die anderen zur Politik der offenen Tür zu bekehren. Auch sie haben sie uns gegenüber wohl mit den Worten verteidigt, aber in der rauhen Praxis nicht durchgeführt. Jetzt ist es an uns und bleibt uns nichts anderes übrig, als ihrem Beispiel zu folgen und das Gewicht unserer Macht in die Waagschale zu werfen, um vollberechtigten Anteil zu haben an der Schaffung weltpolitischer Vorrechtegebiete.“

Je mehr Rüstungen, umso mehr Verlangen nach kriegerischen Verwickelungen; daher: Fort mit den Rüstungen, Krieg dem Kriege!

**Die Konferenz zur Festsetzung der Fleischpreise.** In der Konferenz über die Ursachen der Preisbildung auf dem Fleischmarkt wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Auf der Tagesordnung stand die Frage des Zwischenhandels. Es kam zu außerordentlich lebhaften Ausprüchen über die Frage, inwiefern der Zwischenhandel notwendig ist, und welche einzelnen Faktoren dieses Zweiges in unserem Erwerbsleben beim Vieh- und Fleischhandel ausgeschaltet werden können. In Verbindung damit stand die Erörterung, welche dieser Faktoren an der Preisbildung besonders beteiligt sind.

**Audienzungsverträge.** Nach einer Zwischenverhandlung und der dänischen Regierung geöffneter Vereinbarung findet die Auslieferung künftighin auch statt wegen vorläufiger Körperverletzung, soweit dabei Tatumsstände vorhanden oder Folgen eingetreten sind, die nach dem Rechte des einen oder des anderen Landes die Strafbarkeit erhöhen.

**Unglaublich.** Die bayerische Regierung hat gegen die Bürgermeister, die die „Staatszeitung“ nicht bestellt haben, Ordnungsstrafen verhängt! Pfarrer und Kirchenverwalter, die das Abonnement unterließen, wurden mit Geldstrafen bedroht. — Man ist nun vom Klerikalismus, wenn er herrscht, manches gewöhnt, aber dieser dreiste Zug scheint doch unglaublich.

**Die Einigungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Ärzten** müssen nach der Betriebskrankenkassenkorrespondenz als gescheitert angesehen werden. Drexler hatten das Reichsamt des Innern und das preussische Ministerium des Innern gemeinsam Einigungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Ärzten eingeleitet. Auch die für den 6. d. M. anberaumte Konferenz mußte wieder abgebrochen werden. Staatssekretär Debrück hat erklärt, daß er sich bei der Auswahl der Verhandlungsbedingungen nicht auserkennen lassen kann, daß die Regierung nicht in der Lage ist, nochmals einen Vermittlungsversuch zwischen den Vertretungsorganisationen und den Krankenkassen zu machen, und daß der Leipzig-Verband die Verantwortung für das Scheitern des Vermittlungsversuches trägt.

**Nichts ohne Zentrum** heißt es jetzt bei den Konservativen. Im „Schwab. Merkur“ hat ein württembergischer National-liberaler den Vorbehalt gemacht, daß in Württemberg National-liberale, Konservative und Freisinn eine Art Blöckchen errichten. Den National-liberalen, die in Württemberg ohnedies mehr konservativ als liberal sind, ist es sehr schmerzhaft, so getrennt von den Konservativen zu sein. Die konservative Parteikorrespondenz antwortet nun in ihrer neuesten Nummer auf dieses Angebot: „Die gute Absicht des wackeren Schwaben in allen Ehren. Allein er hat bei seiner Rechnung Zweifel ver-gessen. Solange der Freisinn noch mit der revolutionären Sozialdemokratie verbündet bleibt, ist er für einen Konservativen nicht bündnisfähig. Fürs zweite schaltet er das Zentrum aus.“ — Ohne Zentrum aber wollen die Konservativen nichts nun, außerdem möchten sie lieber einen Arbeitsblock, statt eines „sentimentalen Blöckchens“.

**„Schwarzer Rentopp.“** Die vom Volksverein für das katholische Deutschland gegründete München-Bladbacher Lichtbilderei (G. G. m. b. H.) ist jetzt von der Theorie zur Praxis übergegangen. Nachdem vor kurzem die Filmproduktion in Fluß gebracht worden ist, hat man jetzt in München-Bladbach einen „Rentopp“ künstlich erworben. Wahrscheinlich wird man in anderen Rentoppdistrikten dieses Beispiel nachahmen, um

wenigstens auf diese Art den schwarzen Tendenzfilm einigermaßen Abgang zu verschaffen.

**Das amtliche Wahlergebnis in Schweden.** Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Schweden am 30. Dezember wurden nach jetzt vorliegender amtlicher Feststellung 15.908 amtliche Stimmen abgegeben. Davon erhielten Landrat v. Dalem-Schweden (Rp.) 8017, Rentier v. Sab-Jaworski-Berlin-Wilmersdorf (Vole) 7858, Gewerkschaftsbeamter Gingo-Danzig (Soz.) 83 Stimmen. Zerplittert waren 2 Stimmen. Gewählt ist also Landrat v. Dalem mit 81 Stimmen über die Mehrheit.

## Ausland.

### Oesterreichische Rüstungskosten.

Während in London sich die Verhandlungen beratt zuspitzen, daß die Frage, ob der Krieg wieder beginnt oder nicht, nur noch an einem Fädchen hängt, veröffentlicht die Wiener Regierung, wieviel ihr bisher schon die Rüstungen aus Anlaß des Balkankrieges gekostet haben. In einem offiziellen Communiqué wird mitgeteilt, daß in einem gemeinsamen Ministerrat am Sonnabend der Kriegsminister Krobatin eine genaue Aufstellung über die Maßregeln, die die Heeresverwaltung mit Rücksicht auf die gespannte äußere Lage ergriffen hat, gegeben habe, und ziffermäßig die Kosten dieser militärischen Vorbereitungsmaßregeln darlegte. Bis zum 31. Dezember 1912 sind ungefähr 190 bis 200 Millionen von der Heeresverwaltung aufgewendet worden. Die Summe setzt sich zusammen aus Neuanschaffungen von Ausrüstungsgegenständen, Vermehrung der Artillerie und erhöhte Mehrkosten für die Verpflegung der Truppen. Die Verpflegungsumme wird mit 7 1/2 Millionen monatlich veranschlagt. Der Kriegsminister gab sodann einen Uebersicht über die Kosten, die die Maßnahmen der Heeresverwaltung in den nächsten Wochen noch erfordern dürften. Ob noch größere Beiträge von der Kriegsverwaltung in Anspruch genommen werden, hängt von der Gestaltung der internationalen Lage ab. Marinekommandant Montecuccoli gab dann die gleiche Aufstellung über die Mehrausgaben der Marine. Außerdem wies er neuerlich auf die Notwendigkeit hin, mit dem Bau neuer Schiffe zu beginnen.

Die etwas auffällige Art, in der die österreichische Regierung in diesem Stadium ihre Rüstungskostenrechnung aufmacht, läßt auf bestimmte Absichten schließen. Wahrscheinlich soll die Kostenrechnung etwaige Ansprüche begründen, die die österreichische Regierung bei der endgültigen Regelung der Balkanfrage zu erheben gedenkt.

### Spanien.

#### Die Abbanung der konservativen Partei.

Ueber die Vorgänge, die zum Rückzuge Maura's und seiner Gesinnungsgenossen vom politischen Schauplatz geführt haben, berichtet der spanische Genosse Fabra Ribas in der „Humanität“. Er betont, daß es sich um eine neue Niederlage der Arbeiter-Ferrers handelt, nicht jedoch um einen eigentlichen Sieg der Liberalen. Maura und La Cierva waren die Leiter der liberalen Regierung im Jahre 1909, als der Zustand in Barcelona Anlaß zu einer wilden Orgie der Reaktion gab. La Cierva stellte sich die Aufgabe, die Unruhen von Barcelona so zu dämpfen, „daß man bis ins nächste Geschlecht daran denken soll“. Man weiß, wie das mit Hilfe der Militärjustiz gelang, wie die Kerker von Montjuich, die Gefangenen-Maternen, die Ernennung Ferrers' zc. die Empörung ganz Europas wachriefen. Gestützt durch die öffentliche Meinung aller zivilisierten Länder, erhoben sich alle liberalen, republikanischen, sozialistischen Elemente gegen das Kabinett, das schließlich zusammenbrach. Der Stern dieser Bewegung war das republikanisch-sozialistische Bündnis, das in seinem ersten Aufstuf erklärte, die Mörder Ferrers' müßten für immer vom Schauplatz verschwinden, dürften nie wieder an die Regierung kommen.

Trotzdem bestanden die reaktionären Führer in den folgenden Jahren während Canalejas' Regierung mehrfach, wieder an die Macht zu kommen. Der König würde sie nur zu gern wieder besteuern haben, getraute sich aber nicht, die Volksempörung so gräßlich herauszufordern. Nun, als Canalejas der Waffe eines Wirkkopfes zum Opfer gefallen war, glaubten sie ihre Zeit gekommen. Ihr führendes Blatt, „La Epoca“, hat entschieden erklärt, zu Beginn dieses Jahres würden die Konservativen wieder herrschen, ein anderes Blatt brachte sogar schon die Regierungskrisis mit Maura als Chef und La Cierva als Minister des Innern. Immer aufs neue erklärte man die Politik der Liberalen für eine Gefahr für die Monarchie, Alfonso XIII. für einen Gefangenen der Republikaner und Sozialisten. Doch würde der tapfere König deren Drohungen keinen Augenblick länger dulden. Aber die Presse dieser Parteien erklärt bestimmt, man würde eine solche Regierung niemals dulden. Und der tapfere König fand es nützlich, keine neue Volksbewegung zu entfesseln. Er bestellte den liberalen Grafen Romanones an der Regierung, und nahezu hundert konservative Gemeinderäte, Senatoren und Abgeordnete haben ihren Rücktritt vom Parlament und politischen Leben erklärt. Die Liberalen, die nun nach rechts hin unangefochten das Terrain beherrschen, sind aber weder eine einheitliche, noch überhaupt eine Partei vom klaren politischen Willen. Ohne eigene Politik und von Spaltungen bedroht, jagt Ribas, „wird die liberale Partei sich nicht lange an der Macht halten können. Was wird dann kommen? Es handelt sich in Spanien nicht mehr um eine Krise der Parteien, sondern des Regierungssystems. Im Grunde ist es schade, daß der König nicht Herrn Maura berufen hat. Er hätte damit alle Wilden abgedrückt.“

### Italien.

**Alexikale Verleumdung Andrea Costas.** Die vom Vatikan anerkannte „Unita Cattolica“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 27. Dezember eine scharfe Notiz über den Tod des italienischen Sozialisten Andrea Costa, in der es heißt, daß unser Genosse als Christ gestorben sei, nachdem er wenige Tage vor seinem Tode einem würdigen Priester angetraut und von ihm die Absolution empfangen habe. Die Angabe des Blattes ist mit allen möglichen Einzelheiten ausgeschmückt. Gegenüber dieser Behauptung stellt nun die Witwe des Verstorbenen im „Avanti“ mit, daß sie ihn während seiner letzten Krankheit nie allein gelassen hat und mit absoluter Bestimmtheit behaupten kann, daß kein Priester sich ihm genähert hat. Der strenggläubige Bruder der Frau bestätigt diese Angabe. Dann werden die Klerikalen aufgerufen, Tote zu verleumben und ihnen die Ehre abzuschneiden, die sie sich durch ein Leben intellektueller Rechtfertigung und moralischen Muts erworben haben?

### Frankreich.

**Die Zahl der Arbeiterinnen in Frankreich.** Man schreibt aus Paris: Auf die von einem Abgeordneten an ihn gerichtete schriftliche Anfrage, wieviel Arbeiterinnen es in Frankreich gebe und welche Löhne sie verdienen, hat der Arbeitsminister von Bourgeois auf Grund der Bevölkerungszählung von 1906 geantwortet, daß sich 4 Millionen 150.000 Frauen der Lohnarbeit widmen, sei es in der Fabrik, sei es bei sich zu Hause, sei es im Handel. In der Landwirtschaft sind 949.000 beschäftigt. In der Heimarbeit 540.000. In der Fabrikarbeit und

im Transport 1 Million 337.000, wozu noch 48.000 kommen, die in der Rubrik „Industrie und Transport“ als „bei anderen Beschäftigung verzeichnet sind. In der Rubrik „Handel, freie Berufe, öffentliche Dienste“ werden als „bei anderen Beschäftigten“ 2.800.000 gezählt, als „Arbeiterinnen“ 209.000 und als „Bediente“ 771.000. Die Löhne weichen in den verschiedenen Berufen und den verschiedenen Regionen außerordentlich von einander ab. Die für die große und mittlere Industrie Frankreichs gemachte Enquete stammt aus dem Jahre 1908, ist also 20 Jahre alt. Darnach betrug der Durchschnittslohn der Industriearbeiterinnen 1,75 Mark. Auf die Anfrage betreffend die Löhne der Heimarbeiterinnen erklärt der Minister, keine Antwort geben zu können, da sie meistens pro Stück bezahlt werden.

### Ägypten.

**Zwei Deutsche wegen Weisheit zur Fahnenflucht verhaftet.** Zwei Deutsche, Krieger, 22 Jahre alt und Kiewers, 24 Jahre alt, wurden unter der Anschuldigung verhaftet, Desertieren aus der Fremdenlegation in Oran und kamen von Nizza. Die Polizei will Beweise in Händen haben, daß sie einem gewissen Lett vom 2. Regiment zur Flucht verholfen haben. Eine bei den Verhafteten vorgenommene Haus-suchung förderte eine große Anzahl belastender Briefe zutage.

### Rußland.

**Die politischen Massenstreiks und die Unternehmer.** Die gewaltigen Massenstreiks im verflochtenen Jahre haben im Lager der russischen Unternehmer außerordentliche Besorgnisse wachgerufen. Die industrielle Prosperität und die gestiegene Widerstandskraft der Arbeiter hindert sie zwar daran, zu dem beliebten Mittel der vorhergehenden Jahre, den Massenausparungen der Arbeiter ihre Zuflucht zu nehmen. Indessen riskieren sie auch jetzt mit aller Macht, um der politischen Streikbewegung Einhalt zu gebieten. Auf einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Moskauer Fabrikantenverbandes wurde festgesetzt, daß die politischen Massenstreiks in den ersten 10 Monaten des Jahres 1912 ca. 400.000 Arbeiter umfaßt hat. In der Hälfte aller Fabriken des Moskauer Razons sind nach dem letzten politischen Streik im November verschiedene Strafen und Maßregelungen vorgenommen worden. Der Rat des Fabrikantenverbandes empfahl diese Maßregelungen auch fernertin anzuwenden. Ueber weitere Schritte jedoch soll eine Unternehmerkonferenz in Petersburg endgültig entscheiden.

### Landarbeiter- und Pächterbewegung in Schottland.

Wie „The Daily Citizen“ mitteilt, hat sich der schottische Landarbeiterverband im vorigen Jahre mächtig entwickelt und beabsichtigt, sich der Arbeiterpartei anzuschließen. Im ganzen sei die Lage der schottischen Landarbeiter etwas besser als die der englischen, Löhne und Lebenshaltung höher, jedoch lange Arbeitszeit, keine Ruhetage und andere Beschwerden. Auf der Versammlung in Aberdeen wurde beschlossen, die Einführung eines 8-tägigen freien Tags in jeder Woche zu fordern und die Einbringung eines dahingehenden Gesetzesentwurfes zu betreiben. Daneben sollen direkte Verhandlungen mit den Verrenten der Landwirte angestrebt werden, sodas zugleich politische und gewerkschaftliche Mittel zur Anwendung kommen.

Bekanntlich hat der letzte Gewerkschaftskongress die Ausdehnung des Lohnamtsgebietes auf die Landwirtschaft, die mit Schwundindustrien auf eine Stufe zu stellen sei, gefordert. Dagegen wird eingewendet, eine solche amtliche Festsetzung von Mindestlöhnen könne für die schottische Landwirtschaft nicht in Frage kommen, da es sich dort fast ausschließlich um Pächterbetriebe handele, deren Pächterrenten feststehen, sodas Lohn-erhöhungen allein aus dem Vertriebsgewinn des Pächters zu bestreiten wären. Das würde für viele den Bankrott bedeuten. Indessen sind jetzt die schottischen Pächter in der glücklichen Lage, ein Lohnamt zu besitzen, den neuen Landgesetzlichen zur Festsetzung angemessener Pächterrenten. Dessen Vorsitzender, Lord Kennedy, legte die Grundbesitzer und ihre Agenten oft in Erlaunen durch keine beißen den Bemerkungen über tyrannische und wucherliche Rentenbemessung für kleine Pächter. Der Gerichtshof hat bereits große Verminderungen an Pächterrenten und Pächterrenten ausgesprochen.

### Amerika.

**Rockefeller stellt sich dem Gericht.** William Rockefeller hat sich entschlossen, so gültig zu sein, und sich dem Gerichte zu stellen. Bekanntlich war er als Zeuge in dem Prozeß gegen den Oeltrust vorgeladen, hatte sich aber seit geraumer Zeit allen Auforderungen des Gerichts entzogen. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen werden die Kupferantäufte des Trusts bilden.

## Aus der Geschäftswelt.

Um mit den gewaltigen Warenbeständen der letzten Saison zu räumen, veranstaltet die bestbekannte Firma J. & F. Spezialhaus für Damenkonfektion, Obauerstraße 7, parterre, 1. u. 2. Stock, von Montag, den 6. d. M., an einen groß angelegten Inventur-Ausverkauf. Sehr große Warenposten sind in Serien geteilt und bei kaum dagewesenen Preisen zum Verkauf gestellt. Die beginnende Gesellschaftssaison und die jetzt einsetzende kalte Temperatur gibt unerer werten Damenwelt gewiß genügend Veranlassung, sich diese überaus günstige Kaufgelegenheit nicht entgehen zu lassen.

VERA  
3% Cigarette

Joachim

7803



rechts zu erkennen, sondern verlangen auch die von ihnen selbst aufgestellte Forderung des geheimen und direkten Wahlverfahrens.

Von Konservativen und Mittliberalen wird die Annäherung der Nationalliberalen an die Konservativen eifriger denn je betrieben; die bürgerlichen Parteien, heißt es, fallen sich untereinander nicht mehr zerfleischen, sondern sich zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Hände reichen. In Anwendung auf die preussischen Landtagswahlen heißt das: die Stellung der Junker soll gesichert, das Zustandekommen einer wahren reformfreundlichen Landtagsmehrheit verbürgert, die Erfüllung des Wahlrechts-Versprechens von 1908 bis zum St. Nimmerleinstag verbürgert werden.

Wenn die Nationalliberalen durch Mitarbeit an der Verwirklichung dieses Programms ihren Willen zur Selbstkastrierung und zur parteipolitischen Ohnmacht bekunden, so ist das ganz ihre Sache, und ein Außenstehender hat nicht das Recht, ja nicht einmal den Wunsch, sie in diesem Bestreben zu stören. Die Sozialdemokratie aber hat den Willen zur Macht und wird ihn mit der gleichen gesunden Rücksichtslosigkeit wie bisher zu betätigen wissen. Je mehr der bürgerliche Liberalismus seine Schwäche erkennt, desto mächtiger wachsen ihre Bataillone, und je greifbarer die Hoffnungen auf einen langsamen und ruhigen Fortschritt in Preußen betrogen werden, desto lebendiger werden jene Stimmen der Tiefe, die das Spießbürgertum am liebsten hört.

Heute beginnt der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie. Wir wissen noch nicht, was er beschließen wird, und noch weniger, ob seine Beschlüsse den linksliberalen Herren gefallen werden. Aber die gedankenlose Redensart, die Haltung der Sozialdemokratie „nähe allein der Reaktion“, hoffen wir doch nicht wieder zu hören von Seiten einer Partei, die mit den preussischen Nationalliberalen im Bunde steht!

## Politische Uebersicht.

### Die aufgelöste Finanzkonferenz.

Die Beratungen, die der Bundesrat am 4. d. Mts. unter Einziehung der Finanzminister der größeren Bundesstaaten über die Frage der Besitzsteuer gepflogen hat, haben, wie aus allen Berichten übereinstimmend hervorgeht, mit einem glatten Misserfolg geendet.

So meldet die „Tägl. Rundschau“:

Wie man uns mitteilt, haben die heutigen Beratungen im Bundesrat zu keinem Ergebnis geführt. Es haben sich vielmehr so weitgehende Meinungsverschiedenheiten gezeigt, daß es nicht möglich war, zu einer Einigung zu gelangen. Der Reichsminister will nunmehr versuchen, durch direkte Verhandlungen bei den Regierungen der Bundesstaaten die Beratungen zu fördern und sodann eine zweite Konferenz der Finanzminister einzuberufen.

In etwas verschämter Form muß auch der halböffentliche „Berliner Lokalanzeiger“ das vollständige Fiasko der Finanzkonferenz zugeben. Er meldet:

Entgegen anderweitigen Mitteilungen erfahren wir, daß es zu irgendwelchen Beschlüssen nicht gekommen ist. Es hatte sich lediglich um eine Vorberedung der Materie gehandelt. Alles, was darüber hinaus berichtet wird, ist in das Gebiet der Kombination zu verweisen. Die Stellung Sachsens zur Erbschaftsteuer ist bekannt, da man in diesem Bundesstaat aus keinen Sympathien für diese Form der Besitzsteuer kein Geht gemacht hat.

Es ist also Herr v. Bethmann noch immer nicht gelungen, alle Regierungen davon zu überzeugen, daß zur Wahrung der Staatsautorität gegenüber der Sozialdemokratie eine löbliche Unterwerfung unter das schwarzeblau Machtsgebot und ein demütiger Verzicht auf die Regierungsvorlage von 1909 notwendig sei. Was er aber als Ersatz für die

preisgegebene Erbschaftsteuer vorgeschlagen hat, muß schon danach gewesen sein, wenn er dafür nicht einmal unter den Regierungsovertretern der Einzelstaaten eine Mehrheit zusammenbringen konnte. Für diese Vorschläge scheint das Dichterwort am Platze zu sein: „Hier wendet sich der Gast mit Grausen.“

Die einzelstaatlichen Finanzminister haben angehört, was man ihnen in Berlin zu sagen hatte, und sind dann mit den nächsten Eisenwegen wieder nach Hause gefahren. Und der berühmte Stand der Lage liegt auch heute noch wie er gestern stand. Die Besitzsteuerfrage kommt über den toten Punkt nicht hinaus, man fängt immer wieder von vorne an, um demnächst wieder da zu sein, wo man schon vor einem Jahr gewesen ist.

Vor drei Jahren hat man gesehen, wie rasch man dabei den Armen Hunderte von Millionen neuer Steuern aufzubürden. Und seit drei Jahren kann man nur sehen, wie schwer es fällt, den Reichen auch nur ein paar Groschen abzunehmen. Man will die Entgeltlichkeit der bürgerlichen Parteien nicht stören, indem man den Zankapfel der Erbschaftsteuer unter sie wirft, man wird aber durch das Schauspiel, das man hier bietet, bald die ganze Bevölkerung geemigt haben in der Opposition gegen dieses klägliche System!

### Die Konkurrenzklausel und der Liberalismus.

Bekanntlich hat der Hansabund eine Barbierstube für Angestellte eingerichtet, an der das schöne Firmenschild prangt: „Angestelltenauschuh“. Hier werden die Privatbeamten, Kaufleute und Techniker nach allen Regeln der Kunst eingeseift und über den Köpfe barbiert. In ihrer Freude, von so vornehmen Leuten, wie es die im Hansabund vereinigten Unternehmer sind, in Behandlung genommen zu werden, lassen die Leute alles mit sich machen und verzichten in dem Auschuh gern auf die Forderungen, die sie draußen aufgestellt haben. Besonders sind es der Leipziger Handlungsgehilfenverband und der 1888er Kommisverein, die sich die Freundschaft der Hansabündler etwas kosten lassen, und die Vertreter dieser beiden Organisationen haben sich denn auch in der Frage der Konkurrenzklausel zu einem Kompromiß bereit finden lassen, das nicht nur von links, vom Zentralverband der Handlungsgehilfen, sondern sogar vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande als gänzlich undiskutabel bezeichnet wird. Was ist das? Die Deutschnationalen durch ihr energisches Auftreten in diesem Fall ihren in der Versicherungswahlkampagne stark zu Schaden gekommenen Ruf wieder aufbessern wollen, jedenfalls kann man ihnen zugeben, daß sie das Verhalten der im großen und ganzen liberal gerichteten Organisationen, die im Schlepptau des Hansabundes fahren, recht zutreffend charakterisieren.

Nicht minder haben sie aber auch mit den Bemerkungen recht, die sie über die Haltung des Liberalismus selbst in dieser Angelegenheit machen. Die „Handelswoche“, ein deutsch-nationales Organ, knüpft sich insbesondere den freisinnigen Abgeordneten Weinhausen, den Renommier-Sozialpolitiker der Fraktion, vor. Sie erzählt, daß er, als der Gesandtenrat erschienen sei, in einem halben Hundert Generalanzeigen einen langen Leitartikel darüber veröffentlicht, aber nicht gesagt habe, wie er selber über die Konkurrenzklausel denke. In einem Aufsatz in der „Hilfe“ vertritt Weinhausen jetzt die Formel des Hansabundes und nun apostrophiert ihn die „Handelswoche“ also:

„In Ihrem neuesten Aufsatz in der „Hilfe“ ziehen Sie sich vorzüglich und nicht ohne Rücksicht gegenüber Ihren konventionellen Parteifreunden auf die Plattform zurück, die der Hansabund seinen Leuten gebaut hat. Offensichtlich werden Sie aber noch im Reichstag genötigt, bei der Abstimmung zu bekennen, daß Sie die Konkurrenzklausel so hassen, wie es nach den Wahlreden den Anschein hat.“

In der Kritik des Liberalismus können wir ausnahmsweise einmal mit den Deutschnationalen überein-

stimmen. Nur überträgt uns seine Haltung nicht weiter. Das Erlaunen überlassen wir jenen rechten Gemütern, die ernsthaft haben, der Freiheit könne eine energische Arbeiterpolitik treiben. Ja, wo sollten denn seine Mitglieder aus dem Unternehmerstande stellen? Die haben zwar verhältnismäßig wenig Stimmen, aber sie besitzen sehr viel Geld und auch die Möglichkeit auf die famose Organisation liberaler Arbeiter und Angestellten, die unter der glorreichen Führung der Erlenz und Tischendorfer den Lohnempfängern den Weg zur Sozialdemokratie verlegen möchte, wird die Fortschrittspartei nicht veranlassen, eine Politik zu treiben, durch die sie sich die Günst der Kommerzianten, Bankdirektoren usw. verschertze.

## Der Wund

### zwischen Junkern und Großindustrie.

Der Bericht der Essener Handelskammer für das verflossene Jahr behandelt u. a. auch die Stellung der Großindustrie zu den Agrariern. Anknüpfend an die Fleischsteuerung und die schwächlichen Versuche der Regierung, die Fleischnot durch Einfuhrerleichterungen etwas zu mildern, stellt sich der Handelskammerbericht auf den durchaus agrarischen Standpunkt, daß fremdländisches Geflügelfleisch nicht eingeführt werden dürfe, um der deutschen Landwirtschaft den Profit nicht zu schmälern. Es sind alle die bekannten agrarischen Redensarten, die auch in diesem Dokument der rheinisch-westfälischen Großindustrie wiederkehren, wie, daß Deutschland mit seiner Versorgung von Lebensmitteln unabhängig vom Ausland bleiben, daß die landwirtschaftliche Produktion so gefördert werden müsse, um allein die Ernährung des Volkes bestreiten zu können. Für dieses Entgegenkommen gegen die agrarischen Wünsche verlangt nun die Großindustrie auch Gegenleistungen:

„Umgekehrt dürfen allerdings auch die landwirtschaftlichen Kreise nicht verkennen, daß der gewerbliche Arbeiter hohe Lebensmittelpreise nur so lange ertragen kann, als der gewerbliche Unternehmer in der Lage ist, entsprechend hohe Löhne zu zahlen, und daß schon aus diesem Grunde die Landwirtschaft alle Veranlassung hat, ihrerseits den Schutz und die Förderung der heimischen Gewerbebetätigten nicht nur auf Zoll- und handelspolitischen Gebieten, sondern auch auf gewerbepolitischen und verkehrspolitischen Gebieten auf ihre Fahne zu schreiben und Maßnahmen, die die Produktion unzulänglich erschweren und verteuern und ihre geistliche Weiterentwicklung zu behindern geeignet sind, von ihr fernzuhalten. Der Grundgedanke vom Schutz der heimischen Arbeit muß eben beiderseits, in landwirtschaftlichen Kreisen nicht minder wie in den Kreisen unierter Gewerbebetätigter, festgehalten und praktisch betätigt werden. Die berechtigten Ansprüche beider Teile müssen gegenseitig anerkannt und miteinander vertreten werden mit den landwirtschaftlichen Interessen müssen auch die gewerblichen Interessen die gebührende Würdigung und Berücksichtigung finden, kurz, es muß ein gerechter Ausgleich hergestellt werden.“

Bisher, so meint der Essener Handelskammerbericht, hätten es die Agrarier vielfach an Entgegenkommen gegen die Großindustrie fehlen lassen, insbesondere, wenn es sich um Verkehrsfragen gehandelt habe. Auch auf anderen Gebieten sei ein solches „restriktives Verhalten“ der landwirtschaftlichen Kreise gegenüber wichtigsten Interessen der Gewerbebetätigten zu konstatieren gewesen, selbst in Fällen, wo keinerlei erkennbares gegensätzliches Interesse allgemeiner oder landwirtschaftlicher Art vorlag. Das entspreche nicht dem gewünschten Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen den Agrariern und der Großindustrie.

Die Junker werden nun schleunigst in sich gehen, werden sich mit den Großindustriellen vereinigen und gemeinsam an der Ausbeutung des Volkes arbeiten. Eine stillschweigende Uebereinstimmung zwischen Schlot- und Krautjunkern besteht ja schon längst, es fehlt nur noch, daß der Wund in aller Form geschlossen und besiegelt wird. Dann werden insbesondere auch Reibungen in der Frage, in welchem Maße die „Versicherungsprämien“ der Rüstungsausgaben dem

## Im ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben von Johan Falkberger.

(Nachdruck verboten.)  
Jonke fühlte den Schlaf immer noch schwer in allen Gliedern liegen. Die Augen wollten ihm zufallen. Wie in Kaserne griff er nach den Steinen. Die scharfen Ecken und Kanten zerschritten ihm die Finger. Aber die Schmerzen, die das verursachte, kamen ihm fast wie eine Wohltat vor. ...  
Und er starrte mit einer Art wahnsinniger Freude auf das Blut, das von den Fingern tropfte. Wie dieses Blut doch so frisch und rot war ... es kam ja auch gerade aus dem Herzen. Er fand hier und opferte sein Herzblut für diese heiligen Erge.  
Das Maschinengehäuse war unerfährlich. Es konnte ganze Beige in sich hineinstressen und wurde doch weder fett noch müde.  
Jimm-Morten ritz verzweifelt die Ringe vom Kopf und warf sie von sich.  
Er lag auf den Seiten und arbeitete, daß ihm die Junge aus dem Hals hing. Ein schwarzes Grauen vor der Nacht war über ihn gekommen. Eine Ahnung von etwas Schrecklichem, das bevorstand, war in ihm aufgeschlagen. Er hatte in der letzten Nacht einen so unheimlichen Traum gehabt. Er hatte seinen Vater, der bei Lebzeiten Bauernhütte war, im Leichenfeld in der Berggasse ansetzen sehen. Ja, Morten hatte sogar gehört, wie es rasselte in dem Lotengestirp des Alten. So etwas ging nicht mit rechten Dingen zu und war ein Vorzeichen des Todes.  
„Du, Jonke“, rief er und wippte sich den Schweiß von den dünnen Lippen.  
„Ja! Jonke blühte nicht von der Arbeit auf.“  
„Nur gib's gewiß mit Beize die Nacht!“  
Antwort erhielt er nicht darauf. Aber die Augen des Jünglings wurden groß und schredensfüllig.  
„Gerrast!“  
Die Leuchte wurde ihm glühend heiß in den Händen. Die großen Schwammgrüber hielten einmal über das andere und ihm aus, als wollten sie ihn in ihren roten Mäkel hineinzerrn.  
Einige dunkle Gestalten tauchten in der Nähe der Maschine auf. Es waren Bergleute, die kamen, um an die Arbeit zu gehen.  
Die Scherze in großer Reue schenken sie genügt und kamen herüber. Und ihre eisenschlagenden Schläge schlugen Jenseit auf dem Stein.  
A. E.

Schweigend gingen sie dahin, die Klode zu Boden gerichtet.  
Der Schneesturm raste ... Ein kalter Wind kam von Norden her. Der Schnee trieb und wirbelte über die vereiste Erde.  
Jimm-Morten stand wieder da und murmelte, daß diese Nacht einem ein Unglück zustoßen werde. Jetzt eben hatte er dröben auf dem Berggründen wieder eine Gestalt gesehen, die sich über das Steingeröll dahinschleppte ... Und Morten schüttelte bedenklich den Kopf.  
... Das Gespenst eines Berunglückten war es offenbar. Denn das Haupt hing der Erscheinung an blutiger Kehle schlenkernd hinüber. Der eine Fuß war dem Gespenst gebrochen und schleppte hinterher.  
Jonke schauerte zusammen. Der Jimm-Morten war wohl nicht ganz bei Sinnen.  
Nils warf ihm große fragende Blicke zu. Der Junge hatte nicht genau gehört, was Jimm-Morten erzählte. Aber vom Tode war es ... Und die Antie fingen ihn an zu zittern. Vor Angst wurde ihm wirt im Kopf.  
„Du irrst wohl, Morten“, sagte Jonke.  
Er fühlte die Angst, die in seinen eigenen Worten lag. Aber Morten schüttelte nur den Kopf.  
Eine Ruhepause war eben vorüber. Eine Stunde nach Mitternacht.  
Jonke und Morten kamen aus der Berggasse.  
Sie fanden den Jüngling schlafend an der Maschine. Er lag mit dem Kopf auf einem Stein. Angst vor Uebermüdung, wie er war, hatte er es nicht vermocht, in die Hütte zu gehen.  
Ein Aufsichtsmann kam gerade herzu. Er war rasend, daß die Maschine noch nicht in Gang gesetzt war. Es war ein paar Minuten über die Zeit ...  
Und er holte eine große Laimtuh aus der Westentasche hervor.  
„Was, zum Teufel!“  
Er schauerte wie ein wildes Tier.  
Lag nicht der Jüngling da und schlief! — Der Aufsichtsmann bestellte ihm ein paar Tritte mit den eisenschlagenden Scherzen.  
Der Satan holte den fahlen Begeißel!  
Hörst du was verschlafen sprang der Junge auf. Er karrte an die Maschine und setzte sie in Gang.  
Der Aufsichtsmann zog noch einmal seine Laimtuh aus der Tasche.  
Nun sollten sie aber endlich einmal anpacken — ordentlich daranhalten! Das war doch keine Art, so mit der Zeit zu

Darauf verschwand er.  
Sie hatten eine Weile gearbeitet.  
Und es ging milb zu ...  
Da erscholl plötzlich ein furchtbarer Schrei an der Maschine.  
Ein Todeschrei ...  
Der Jüngling war zwischen die Treibriemen gekommen die ihn mit einem Ruck in das herumwirbelnde Räderwerk hineingerieten.  
Man hörte es knirschen und knacken von seinen Knochen, als ob sie ganz in Stücke gebrochen und umhergeschleudert würden.  
Blut siedete auf dem warmen Eisen der Maschine. Fleischstücke lagen hier und dort dampfend auf den Steinen herum.  
„Ach je! ... Ach je!“  
Jimm-Morten lief wie wild umher und suchte mit den Armen.  
Jonke sprang herbei und stellte die Kraft ab. Räder und Riemen kamen zur Ruhe ... nach und nach ...  
Die beiden Bergleute standen starr vor Schreck. Alles war so plötzlich gekommen. Sie konnten kein Wort herausbringen.  
„Ich mußte das ... ich mußte das!“ kam es endlich heiser aus Mortens Munde. Jonke stand immer noch stumm da. Er konnte es noch gar nicht recht begreifen, daß es Wirklichkeit war ...  
Sie gingen zu der Leiche. Sie ließen sich auf die Antie nieder. Ein Arm war abgetrennt. Der Hals war fast ganz durchgeschlagen. Der Kopf hing nur noch lose mit dem Körper zusammen.  
Jimm-Morten nahm das Haupt und legte es auf den Schultern zurecht.  
„Gott erbarm!“ sagte er.  
Es lag ein verhärtetes Schloßchen auf seinen Lippen.  
Sie hielten lange bei der Leiche hocken und konnten gar nicht recht zur Arbeit kommen ... hatten nur das Bewußtsein, daß etwas Furchtbares geschehen war. Eben jetzt, diese Nacht ...  
Dann fanden sie auf und räumten nach der Berggasse. Jonke botan mit langen Schritten. Jimm-Morten humpelnd hinterdrein.  
Die Leiche in der Hütte wurden gewetzt, und in hastigen Worten wurde ihnen vom dem Unglück erzählt.  
Von Entsetzen gepackt, sprangen sie von den Betten auf. Raum, daß sie sich Zeit ließen, richtig nach zu werden, standen sie schon bald nach bei der Leiche.  
Keiner berührte sie ... Sie standen nur und starrten der Leiche an.  
Dann kamen ein paar Männer mit der Tragbahre.  
(Fortsetzung folgt.)



Wolke aufzuerlegen sind, verschwinden. Das Gegenseitigkeitsgesetz basiert eben doch auf dem Grundsatz: der Großindustrie große Profite, den Agrariern hohe Löhle und Lebensmittelsteuern.

**Wer wird Staatssekretär des Auswärtigen?** Wie die Berliner Morgenpost aus diplomatischen Kreisen zuverlässig erfährt, ist die Entscheidung über die Nachfolge des Herrn v. Kiderlen-Wächter bereits gefallen. Herr v. Jagow, unser Vizekanzler am Quirinal, hat seine Verdienste gegen die Annahme des Postens eines Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes fallen gelassen und die an ihn ergangene Berufung angenommen.

**Noch ein Prozeß infolge der Maßregelung des Pfarrer Traub.** Aus den Kämpfen um Pfarrer Traub ist eine Privatklage entstanden, die vor der 17. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Wille zur Verhandlung anstand. Privatkläger ist Prof. Dr. Baumgarten-Kiel. Angeklagter ist der verstorl. Redakteur des „Evangelischen kirchlichen Anzeigers“, Superintendent a. D. Th. Brandin. Nach dem Traubprozeß hatte Prof. Dr. Baumgarten in einer Veröffentlichung in fünf Punkten des Urteils gegen Traub den Oberkirchenrat zu Berlin in unwarer Behauptungen beschuldigt. Darauf erschienen in den Nummern 89 bis 41 des „Evangelischen kirchlichen Anzeigers“ drei Artikel unter der Ueberschrift: „Nachträge zum Prozeß Traub“, die die Grundlage der Verteidigungslage bilden und in denen in scharfen Ausdrücken Prof. Baumgarten u. a. der Unwahrheit geziehen wird. Nach Verteilung auch der drei inkriminierten Artikel erklärte der Angeklagte: Wenn ich eine erregte Sprache führte, so liegt das daran, daß der Privatkläger in Vorträgen, die er in Wachen, in Solingen und Barmen gehalten hat, horrende Ausdrücke gegen die höchste Behörde gebraucht hat. Auf einen großen Klotz gehört ein großer Keil. Ich bin auch der Ansicht, daß der Privatkläger in seiner Stellung als Lehrer der Jugend nicht in einem solchen Tone sprechen durfte, sondern die Jugend zur Ehrerbietung gegen die Behörden erziehen soll. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf 600 Mark Geldstrafe. Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus: Die drei Artikel enthalten schwere Beschuldigungen des Privatklägers. Die schwerste Beschuldigung liegt in dem Ausdruck „Agitator“, der dem Privatkläger vorgeworfen wird. Der Schutz des § 193 ist dem Angeklagten verweigert worden, da es an einer dem Angeklagten nahegelegenen Angelegenheit fehlte. Dagegen ist dem Angeklagten der gute Glaube zugebilligt worden. Gleichwohl aber sei eine hohe Geldstrafe am Platze, da die Beschuldigungen gegen den Privatkläger, die zum Teil persönlicher Art seien, äußerst schwere seien.

**„Weltpolitische Vorrechtegebiete.“** Um jeden Preis suchen bekanntlich die Imperialisten Bündel mit anderen Mächten, um kapitalistische Interessen zu fördern. So schreibt die „Wagbeurger Zeitung“ u. a.: „Wir meinen, auch wenn es einstweilen noch nicht zu einer tatsächlichen Ausfertigung der asiatischen Türkei kommt, wird es sich doch nicht umgehen lassen, daß die Mächte hier unter dem Fortbestande des Sultanats ihre Interessensphären wahren — oder nennen wir es einmal mit deutschem Namen: ihre Vorrechtegebiete. Deutschland hat, solange es irgend anging, festgehalten an der Politik der offenen Tür; sie war unter oberstes weltpolitisches Glaubensbekenntnis. Aber eine Macht allein kann die Politik der offenen Tür nicht durchsetzen, wenn die anderen mit der Schaffung entweder von Protektoraten oder doch von Interessensphären in allen hierzu zugänglichen Gebieten vorgehen und den Maßnahmen jener Länder immer enger ziehen, in denen noch von der offenen Tür, von dem freien Wettbewerb aller Weltmächte die Rede sein kann. Auch Deutschland muß sich nach dem Beispiel der anderen heute mehr und mehr bekennen zu der Politik der Schaffung von Vorrechtegebieten, und es muß sehen, daß es bei ihrer Verteilung nicht zu kurz kommt. Lange genug haben wir uns ehelich bemüht, die anderen zur Politik der offenen Tür zu betören. Auch sie haben sie uns gegenüber wohl mit den Worten verteidigt, aber in der rauhen Praxis nicht durchgeführt. Jetzt ist es an uns und bleibt uns nichts anderes übrig, als ihrem Beispiel zu folgen und das Gewicht unserer Macht in die Waagschale zu werfen, um vollen berechtigten Anteil zu haben an der Schaffung weltpolitischer Vorrechtegebiete.“

Je mehr Nützlichungen, umso mehr Verlangen nach kriegerischen Verwickelungen; daher: Fort mit den Rüstungen, Krieg dem Kriege!

**Die Konferenz zur Festsetzung der Fleischpreise.** In der Konferenz über die Ursachen der Preisbildung auf dem Fleischmarkt wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Auf der Tagesordnung stand die Frage des Zwischenhandels. Es kam zu außerordentlich lebhaften Aussprachen über die Frage, inwieweit der Zwischenhandel notwendig ist, und welche einzelnen Faktoren dieses Zweiges in unserem Erwerbleben beim Vieh- und Fleischhandel ausgeschaltet werden können. In Verbindung damit stand die Erörterung, welche dieser Faktoren an der Preisbildung besonders beteiligt sind.

**Auslieferungsvorteile.** Nach einer zwischen der deutschen und der dänischen Regierung getroffenen Vereinbarung findet die Auslieferung künftighin auch statt wegen vorläufiger Körperverletzung, soweit dabei Tatumsstände vorhanden oder Folgen eingetreten sind, die nach dem Rechte des einen oder des anderen Teiles die Strafbarkeit erhöhen.

**Unglaublich.** Die bayerische Regierung hat gegen die Bürgermeister, die die „Staatszeitung“ nicht bestellt haben, Ordnungsstrafen verhängt! Pfarrer und Kirchenverwalter, die das Abonnement unterließen, wurden mit Geldstrafen bedroht. — Man ist vom Klerikalismus, wenn er herrscht, manches gewöhnt, aber dieser dreiste Zug scheint doch ungläublich.

**Die Einigungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Ärzten** müssen nach der Betriebskrankenkassenkorrespondenz als gescheitert angesehen werden. Dreimal hatten das Reichsamt des Innern und das preussische Ministerium des Innern gemeinsam Einigungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Ärzten eingeleitet. Auch die für den 6. d. M. anberaumte Konferenz mußte wieder abgebrochen werden. Staatssekretär Delbrück hat erklärt, daß er sich bei der Auswahl der Verhandlungsbedingungen nicht außerlegen lassen kann, daß die Regierung nicht in der Lage ist, nochmals einen Vermittlungsversuch zwischen den Veretzungsorganisationen und den Krankenkassen zu machen, und daß der Leipziger Verband die Verantwortung für das Scheitern des Vermittlungsversuches trägt.

**Nichts ohne Zentrum** heißt es jetzt bei den Konservativen. Im „Schwab. Merkur“ hat ein württembergischer Nationalliberal den Vorschlag gemacht, daß in Württemberg Nationalliberale, Konservativen und Freisinn eine Art „Blöckchen“ errichten. Den Nationalliberalen, die in Württemberg obendrein mehr konservativ als liberal sind, ist es sehr schmerzlich, so getrennt von den Konservativen zu sein. Die konservative Parteikorrespondenz antwortet nun in ihrer neuesten Nummer auf dieses Angebot: „Die gute Absicht des wackeren Schwaben in allen Ehren. Allein er hat bei seiner Rechnung Ignoranz verzeihen. Solange der Freisinn noch mit der revolutionären Sozialdemokratie verbündet bleibt, ist er für einen Konservativen nicht bündnisfähig. Fürs zweite schaltet er das Zentrum aus...“ — Ohne Zentrum aber wollen die Konservativen nichts tun, außerdem möchten sie lieber einen Arbeitsblock, statt eines „sentimentalen Blöckchens“.

**„Schwarzer Kientopp.“** Die vom Volksverein für das katholische Deutschland gegründete „München-Bladbacher Lichtbilderei (G. m. b. H.)“ ist jetzt von der Theatralischen Gesellschaft übergegangen. Nachdem vor kurzem die Fimperlöhner in Klau gebracht worden ist, hat man jetzt in München-Bladbacher einen „Kientopp“ künstlich erworben. Wahrscheinlich wird man in anderen Zentrumsblättern dieses Beispiel nachahmen, um

wenigstens auf diese Art den schwarzen Tendenzfilm einigermaßen abzugeben zu verschaffen.

**Das amtliche Wahlergebnis in Schwab.** Bei der Reichstagswahl in Wahlkreis Schwab am 30. Dezember wurden nach jetzt vorliegender amtlicher Feststellung 15.908 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Landrat v. Dalem-Schwab (Np.) 8017, Rentier v. Saff-Jaworski-Berlin-Wilmersdorf (Vole) 7858, Gewerkschaftsbeamter Grygo-Danzig (Soz.) 83 Stimmen. Zerplittert waren 2 Stimmen. Gemählt ist also Landrat v. Dalem mit 61 Stimmen über die Mehrheit.

## Ausland.

### Oesterreichische Rüstungskosten.

Während in London sich die Verhandlungen derart zugespitzt haben, daß die Frage, ob der Krieg wieder beginnt oder nicht, nur noch an einem Fädchen hängt, veröffentlicht die Wiener Regierung, wieviel ihr bisher schon die Rüstungen aus Anlaß des Balkankrieges gekostet haben. In einem offiziellen Communiqué wird mitgeteilt, daß in einem gemeinsamen Ministerrat am Sonnabend der Kriegsminister Krobatin eine genaue Aufstellung über die Maßregeln, die die Heeresverwaltung mit Rücksicht auf die gespannte äußere Lage ergriffen hat, gegeben habe, und ziffernmäßig die Kosten dieser militärischen Vorbereitungsmaßregeln darlegte. Bis zum 31. Dezember 1912 sind ungefähr 190 bis 200 Millionen von der Heeresverwaltung aufgewendet worden. Die Summe setzt sich zusammen aus Neuanschaffungen von Ausrüstungsgegenständen, Vermehrung der Artillerie und erhöhte Mehrkosten für die Verpflegung der Truppen. Die Verpflegungsumme wird mit 7 1/2 Millionen monatlich veranschlagt. Der Kriegsminister gab sodann einen Uebersicht über die Kosten, die die Maßnahmen der Heeresverwaltung in den nächsten Wochen noch erfordern dürften. Ob noch größere Beträge von der Kriegsverwaltung in Anspruch genommen werden, hängt von der Gestaltung der internationalen Lage ab. Marinekommandant Montecuccoli gab dann die gleiche Aufstellung über die Mehrausgaben der Marine. Außerdem wies er neuerlich auf die Notwendigkeit hin, mit dem Bau neuer Schiffe zu beginnen.

Die etwas auffällige Art, in der die österreichische Regierung in diesem Stadium ihre Rüstungskostenrechnung aufmacht, läßt auf bestimmte Absichten schließen. Wahrscheinlich soll die Kostenrechnung etwaige Ansprüche begründen, die die österreichische Regierung bei der endgültigen Regelung der Balkanfrage zu erheben gedenkt.

### Spanien.

#### Die Abdankung der konservativen Partei.

Ueber die Vorgänge, die zum Rückzuge Maura's und seiner Gesinnungsgenossen vom politischen Schauplatz geführt haben, berichtet der spanische Genosse Fabra Ribas in der „Humanität“. Er betont, daß es sich um eine neue Niederlage der Mörder Ferrer's handelt, nicht jedoch um einen eigentlichen Sieg der Liberalen. Maura und La Cierva waren die Leiter der liberalen Regierung im Jahre 1909, als der Aufstand in Barcelona Anlaß zu einer wilden Orgie der Reaktion gab. La Cierva stellte sich die Aufgabe, die Aufständischen von Barcelona so zu züchtigen, „daß man bis ins vierte Geschlecht daran denken soll“. Man weiß, wie das mit Hilfe der Militärjustiz gelang, wie die Kerler von Montjuich, die Gefangenen-Mariern, die Ermordung Ferrer's zc. die Empörung ganz Europas wadzrieten. Gestützt durch die öffentliche Meinung aller zivilisierten Länder, erhoben sich alle liberalen, republikanischen, sozialistischen Elemente gegen das Kabinett, das schließlich zusammenbrach. Der Kern dieser Bewegung war das republikanisch-sozialistische Bündnis, das in seinem ersten Aufruf erklärte, die Mörder Ferrer's müßten für immer vom Schauplatz verschwinden, dürften nie wieder an die Regierung kommen.

Trotzdem versuchten die reaktionären Führer in den folgenden Jahren während Canalejas' Regierung mehrfach, wieder an die Macht zu kommen. Der König würde sie nur zu gern wieder berufen haben, getraute sich aber nicht, die Volksempörung so großartig herauszufordern. Nun, als Canalejas der Waffe eines Wirrkopfes zum Opfer gefallen war, glaubten sie ihre Zeit gekommen. Ihr führendes Blatt, „La Epoca“, hat entschieden erklärt, zu Beginn dieses Jahres würden die konservativen wieder herrschen, ein anderes Blatt brachte sogar schon die Regierungskliste mit Maura als Chef und La Cierva als Minister des Innern. Immer aufs neue erklärte man die Politik der Liberalen für eine Gefahr für die Monarchie, Alfons XIII. für einen Gefangenen der Republikaner und Sozialisten. Doch würde der tapfere König deren Drohungen keinen Augenblick länger dulden. Aber die Presse dieser Parteien erklärte bestimmt, man würde eine solche Regierung niemals dulden. Und der tapfere König fand es nützlich, keine neue Volksbewegung zu entfesseln. Er bestellte den liberalen Grafen Romanones an der Regierung, und nahezu hundert konservative Gemeinister, Senatoren und Abgeordnete haben ihren Rücktritt vom Parlament und politischen Leben erklärt. Die Liberalen, die nun nach rechts hin unangefochten das Terrain beherrschen, sind aber weder eine einheitliche, noch überhaupt eine Partei von klarem politischen Willen. Ohne eigene Politik und von Spaltungen bedroht, sagt Ribas, wird die liberale Partei sich nicht lange an der Macht halten können. Was wird dann kommen? Es handelt sich in Spanien nicht mehr um eine Krise der Parteien, sondern des Regierungssystems. Im Grunde ist es schade, daß der König nicht Herrn Maura berufen hat. Er hätte damit alle Brücken abgebrochen.“

### Italien.

**Klerikale Verleumdung Andrea Costas.** Die vom Vatikan anerkannte Klerikale „Unita Cattolica“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 27. Dezember eine sündige Notiz über den Tod des italienischen Sozialisten Andrea Costas, in der es heißt, daß unter Genossen als Christ gestanden sei, nachdem er wenige Tage vor seinem Tode einem würdigen Prälaten gebeichtet und von ihm die Absolution empfangen habe. Die Angabe des Blattes ist mit allen möglichen Einzelheiten ausgeschmückt. Gegenüber dieser Behauptung teilt nun die Witwe des Verstorbenen im „Avanti!“ mit, daß sie ihn während seiner letzten Krankheit nie allein gelassen hat und mit absoluter Bestimmtheit behaupten kann, daß kein Priester sich ihm genähert hat. Der strenggläubige Bruder der Frau bestätigt diese Angabe. Wann werden die Klerikalen aufhören, Lüge zu verfechten und ihnen die Ehre abzusaugen, die sie sich durch ein Leben intellektueller Rechtschaffenheit und moralischen Mut erworben haben?

### Frankreich.

**Die Zahl der Arbeiterinnen in Frankreich.** Man schreibt aus Paris: Auf die von einem Abgeordneten an ihn gerichtete schriftliche Anfrage, wieviel Arbeiterinnen es in Frankreich gebe und welche Löhne sie verdienten, hat der Arbeitsminister Leon Bourgeois auf Grund der Verdichtungsabzählung von 1906 geantwortet, daß sich 4 Millionen 150.000 Frauen der Lohnarbeit betätigen, sei es in der Fabrik, sei es in der Heimarbeit und 949.000 in der Heimarbeit 540.000, in der Fabrikarbeit und

im Transport 1 Million 337.000, wozu noch 49.000 kommen, die in der Arbeit „Industrie und Transport“ als „bei anderen Beschäftigten“ bezeichnet sind. In der Rubrik „Handel, freie Berufe, öffentliche Dienste“ werden als „bei anderen Beschäftigten“ 258.000 gezählt, als „Arbeiterinnen“ 209.000 und als „Bediente“ 779.000. Die Löhne reichen in den verschiedenen Berufen und den verschiedenen Regionen außerordentlich von einander ab. Die für die große und mittlere Industrie Frankreichs gemachte Enquete stammt aus dem Jahre 1908, ist also 20 Jahre alt. Damals betrug der Durchschnittslohn der Industriearbeiterinnen 1,75 Mark. Auf die Anfrage betreffend die Löhne der Heimarbeiterinnen erklärt der Minister, keine Antwort geben zu können, da sie meistens pro Stück bezahlt werden.

### Ungar.

**Zwei Deutsche wegen Weisheit zur Fahnenflucht verhaftet.** Zwei Deutsche, Krieger, 22 Jahre alt und Kriegers, 24 Jahre alt, wurden unter der Anschuldigung verhaftet, Deferteuren aus der Fremdenlegion Weisheit geleistet zu haben. Beide befinden sich erst seit kurzer Zeit in Ungarn und kamen von Buda. Die Polizei will beweisen in Händen haben, daß sie einem gewissen Bett vom 2. Regiment zur Flucht verholfen haben. Eine bei den Verhafteten vorgenommene Hausdurchsuchung förderte eine große Anzahl belastender Briefe zutage.

### Rußland.

**Die politischen Massenstreiks und die Unternehmer.** Die gewaltigen Massenstreiks im verflochtenen Jahre haben im Lager der russischen Unternehmer außerordentliche Verlegenheiten nachgerufen. Die industrielle Prosperität und die gesteigerte Widerstandskraft der Arbeiter hindert sie zwar daran, zu dem beliebten Mittel der vorhergehenden Jahre, den Massenausweisungen der Arbeiter ihre Zuflucht zu nehmen. Indessen rücken sie auch jetzt mit aller Macht, um der politischen Streikbewegung Einhalt zu gebieten. Auf einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Moskauer Fabrikantenverbandes wurde festgestellt, daß die politischen Massenstreiks in den ersten 10 Monaten des Jahres 1912 ca. 400.000 Arbeiter umfaßt hat. In der Hälfte aller Fabriken des Moskauer Rayons sind nach dem letzten politischen Streik im November verschiedene Strafen und Maßregelungen vorgenommen worden. Der Rat des Fabrikantenverbandes empfahl diese Maßregelungen auch fernerhin anzuwenden. Ueber weitere Schritte jedoch soll eine Unternehmerkonferenz in Petersburg endgültig entscheiden.

### Landarbeiter- und Pächterbewegung in Schottland.

Wie „The Daily Citizen“ mitteilt, hat sich der schottische Landarbeiterverband im vorigen Jahre mächtig entwickelt und beabsichtigt, sich der Arbeiterpartei anzuschließen. Im ganzen sei die Lage der schottischen Landarbeiter etwas besser als die der englischen, Löhne und Lebenshaltung höher, jedoch lange Arbeitslosigkeit, keine Vorkantone und andere Beschwerden. Auf der Versammlung in Aberdeen wurde beschlossen, die Einführung eines Lohnes in jeder Woche zu fordern und die Einbringung eines dahingehenden Beschlusses zu betreiben. Daneben sollen direkte Verhandlungen mit den Besitzern der Landwirte angeknüpft werden, sodas zugleich politische und gewerkschaftliche Mittel zur Anwendung kommen.

Bekanntlich hat der letzte Gewerkschaftskongress die Ausbeutung des Lohnarbeiters auf eine Stufe zu stellen sei, gefordert. Dagegen wird eingewendet, eine solche amtliche Festsetzung vor Minderlöhnen könne für die schottische Landwirtschaft nicht in Frage kommen, da es sich dort fast ausschließlich um Pächterbetriebe handle, deren Pachrenten feststehen, sodas Lohnrechnungen allein aus dem Betriebsgewinn des Pächters zu bestreiten wären. Das würde für viele den Bankrott bedeuten. Indessen sind jetzt die schottischen Pächter in der glücklichen Lage, ein Lohnamt zu besitzen, den neuen Verband der Pächter zur Festsetzung angemessener Pachrenten. Dessen Vorsitzender, Lord Kennedy, setzte die Grundbesitzer und ihre Agenten oft in Erfahrung durch seine bei den Bemerkungen über tyrannische und wucherliche Rentenbemessung für kleine Pächter. Der Gerichtshof hat bereits große Verminderungen an Pachtlöhnen und Pachterständen ausgesprochen.

### Amerika.

**Rockefeller stellt sich dem Gericht.** William Rockefeller hat sich entschlossen, so nötig zu sein, und sich dem Gerichte zu stellen. Bekanntlich war er als Zeuge in dem Prozeß gegen den Deltrust vorgeladen, halte sich aber seit geraumer Zeit allen Auforderungen des Gerichts entgegen. Der Hauptgegenstand der Verhandlungen werden die Kupferankäufe des Trusts bilden.

## Aus der Geschäftswelt.

Um mit den gewaltigen Warenbeständen der letzten Saison zu räumen, veranstaltet die bestbekannte Firma Felty & Seil, Spezialhaus für Damenkonfektion, Ohlauerstraße 7, partierc, 1. u. 2. Stock, von Montag, den 6. d. Mis., an einen groß angelegten Inventur-Ausverkauf. Sehr große Warenposten sind in Serien geteilt und bei kaum dagesessenen Preisen zum Verkauf gestellt. Die beginnende Gesellschaftssaison und die jetzt einsetzende kalte Temperatur gibt unierer werten Damenwelt gewiß genügend Veranlassung, sich diese überaus günstige Kaufgelegenheit nicht entgehen zu lassen.

VERA  
3 Prig Cigarette

7803







Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Januar.

Wer sind unsere Wähler?

Die Frage, aus welchen wirtschaftlichen Schichten sich bei öffentlichen Wahlen unsere Wähler rekrutieren, hat anlässlich jeder Stadtverordnetenwahl die Genossen beschäftigt. Genauere statistische Unterlagen dafür hat ein Genosse beschafft, der die Wählerlisten eines unserer ungünstigsten Bezirke im Ostauer Tor einer genaueren Durchsicht unterzog und sie nach Beruf und Parteigehörigkeit rubrizierte. Es handelt sich um keinen Arbeiterbezirk, die reinen Arbeiterwähler machen vielmehr weniger als die Hälfte der gesamten Wählerschaft aus, nämlich 47 Prozent, worin aber Eisenbahner, Hausmeister, Gasmontagegehilfen und ähnliche des freien Wahlrechts beraubte Schichten enthalten sind. Nach der Parteigehörigkeit betrachtet, bieten die Wähler folgendes Bild:

- 4321 einegetragene Wähler
1845 nahmen an der Wahl teil
2423 enthielten sich der Wahl
1064 stimmten konservativ
671 stimmten sozialdemokratisch
140 stimmten liberal
20 Stimmen waren gestrichelt.

Von den 4121 Wahlberechtigten befinden sich 2023 wählbar, von denen aber 1175 ihr Wahlrecht nicht ausübten! Obwohl ein großer Teil davon den oben bezeichneten unfreien Berufen angehört, bedeutet diese Zahl doch eine sträfliche Nachlässigkeit der Arbeiterwähler gegenüber ihren höchsten Staatsbürgerrechten. Mehr als die Hälfte verzichtet freiwillig darauf, ihre Interessen auf kommunalpolitischen Gebieten zu vertreten! Von den 848 Arbeiterwählern, die ihre Stimme abgaben, stimmten 619 sozialdemokratisch, 209 konservativ (!), 20 liberal. Für die Arbeiterwähler ergibt sich demnach folgende Tabelle:

- 2023 Arbeiter waren wahlberechtigt
848 übten dieses Recht aus
619 wählten sozialdemokratisch
209 konservativ und
20 liberal.

Ein volles Viertel der Arbeiter dieses Bezirkes lief also an erbittertesten Feinden der Arbeiterklasse nach, gaben ihre Stimme einem Manne, der jede ihrer Forderungen verächtlich beiseite schiebt! Hier ist noch ein ordentliches Stück Aufklärungsarbeit zu verrichten. Denn die Arbeiterwähler sind das Hauptrekrutierungsgebiet für unsere Wähler, neben denen die anderen Stände — wenigstens bei öffentlichen Wahlen — fast garnicht in Betracht kommen. Es stimmten nämlich sozialdemokratisch

- 619 Arbeiter
20 Angestellte und Privatbeamte
2 Kaufleute
30 selbständige Handwerker und Gewerbetreibende.

Die anderen Berufsschichten kommen mithin für unsere Stimmenzahlen nur sehr wenig in Frage. Desto mehr allerdings für unsere Gegner. Die Konservativen z. B. erhielten die Stimmen von

- 512 Beamten (!)
269 Arbeitern
147 selbständigen Handwerkern
145 Privatbeamten und Angestellten
51 Kaufleuten und Reisenden.

512 Beamte allein gaben den Konservativen die Stimme, wie viele davon es freiwillig taten, das könnte

nur ein Vergleich mit den Reichstagswählerzahlen in den betreffenden Strahlen beweisen. Denn unter denen, die als „Beamte“ figurieren, befinden sich sehr viele Hungerlöhner, die sich in ihrer Lebenshaltung von der des Proletariats so gut wie garnicht unterscheiden.

Selbst gegenüber den Liberalen tat der konservative Terror seine Pflicht. Ihre sehr geringfügige Stimmenzahl verteilte sich auf die einzelnen Berufe wie folgt:

- 51 Beamte,
39 Privatbeamte und Angestellte,
24 Handwerker und Gewerbetreibende,
20 Arbeiter,
8 Kaufleute und Reisende.

Die Statistik ist ungeheuer lehrreich dafür, wie unsere zukünftige Agitation angefaßt werden muß. 1175 Arbeiter, die nicht gewählt haben, und 229, die im gegnerischen Lager stehen, das ist das Rohmaterial, an das wir uns wenden müssen, das sind die Wahlberechtigten, die hinter der Ofenbank hervormüssen durch rechtzeitige und intensive Werbung. Alle anderen Bemühungen kommen erst in zweiter Linie. Natürlich steht es mit der Wahlbeteiligung und dem Prozentsatz der gegnerisch wählenden Arbeiter nicht überall so ungünstig als in dem vorliegenden Bezirk, aber überall ist bei der Bearbeitung der indifferenten Arbeiterschichten noch sehr viel herauszuholen.

Höhere Gemeinde-Steuer im Jahre 1913.

Im vorigen Jahre beantragte der Magistrat, die Gemeinde-Einkommensteuer von 172 Prozent auf 166 Prozent herabzusetzen. Das war bei den vielen großen Ausgaben, die Breslau gegenwärtig zu machen hat, schon unvorsichtig genug; aber die „Parlament“ Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung ging noch über den Magistrats-Vorschlag hinaus und beschloß, 161 Prozent zu erheben, ermäßigte also die Steuer um weitere zwei Prozent. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Etatanschlag und in der Stadtverordneten-Versammlung vor diesem gefährlichen Herunterdrücken der Gemeinde-Einkommensteuer eindringlich gewarnt und ausdrücklich betont, daß es auf eine abschließliche Lösung der Steuerzahler hinausläuft. Doch die beteiligten Stadtväter, die da glaubten, mit den 164 Prozent zum Geschehen bei den Stadtverordnetenwahlen zu machen, waren nicht zu befehlen. Jetzt kann jedermann sehen, daß sich ihre Vogelsträuberei bitter rächt. Es wird nämlich gemeldet, der Magistrat hat in seiner Sitzung am Freitag den Haushaltsplan für 1913 festgesetzt und beschlossen, die Steuern zu erhöhen. Danach sollen erhoben werden:

Gemeindegrundsteuer: 3,8 vom Tausend des gemeinen Wertes der Grundstücke (gegen das Vorjahr mehr 0,2 v. T.).

Gewerbesteuer: 197 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer (gegen das Vorjahr mehr 9 Prozent).

Gemeindeeinkommensteuer: 173 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer (gegen das Vorjahr mehr 9 Prozent).

Kanalgebühr: 0,845 Pfg. für eine Mark Nutzungswert (gegen das Vorjahr weniger 0,164 Pfg.).

Also die Gemeinde-Einkommensteuer auf die es am meisten ankommt, soll um 9 Prozent erhöht werden, nachdem sie 1912 von 172 auf 161 Prozent ermäßigt worden ist. Würde man dem Vorschlage der sozialdemokratischen Stadtverordneten gefolgt, denn hätte man den Steuerzahlern diese ärgerliche Erhöhung erspart und genügend Geld im Säckel, das jetzt so nötig gebraucht wird.

lwie einen offenen Blick für soziale Probleme mit, und dennoch mußte er sich verzetteln. Seine dichterische Schaffenskraft schuf unter dem Zwange eines blinden Weiberchaffes geniale Orateuren. Und eine einseitig verzerrte Dichtung ist auch seine „Christine“. Diese Christine, eine Tochter des tüchtigen Heeresführers Gustav Adolfs von Schweden, der schon als Kind die Krone trug, sie wuchs unter der Vormundschaft des klugen und ersten Staatsmannes Ogensterna auf, der in ihr eine gelehrige Schülerin fand. Jedenfalls zeigen ihre in Briefen und sonstigen Schriften niedergelegten Gedanken, daß sie gute Kenntnisse, besonders in der Geschichte, besaß, und daß sie alles andere eher nur nicht die dumme, eitle Ladenmamself war, als die sie uns Strindberg zeigt. Wenngleich zugegeben sein soll, daß sie oft ein launenhaftes und genussüchtiges Leben führte. Was aber in diesem Falle doch nur Neugierungen eines über seine Grenzen hinauslaufenden großen Menschen waren, den keine scheinbaren Erfolge aus dem geistlichen Gleichgewicht gebracht haben. Vielleicht ist ihre Manie: Literatur und Kunst auf das Verwunderliche zu unterstellen, auch aus einer gewissen weiblichen Eitelkeit heraus. Und möglicherweise müssen wir in dieser Weltangst, die dem puritanischen, lugsüßendlichen Protestantismus von damals besonders unympathisch sein mußte, mit als eine der Ursachen anzusehen, die sie, die Tochter des Vorkämpfers der Reformation veranlaßte, nach ihrer Thronensagung zu Gunsten ihres Halbbrüders Karl Gustav zur kunstfreundlichen katholischen Kirche überzutreten. Strindberg hat jenes geschichtliche Geschehen wenig interessiert; er brauchte nur einen Mantel unter dem er seinen Grimm gegen das Weib, — diesmal — in seine deutliche Gattin (die Schauspielerin Parriet Hoff) — dichterische Form geben konnte. Es ist also nicht das Drama der Königin Christine, deren Gebeine wohlbehalten in Rom ruhen, sondern irgend eines exzentrischen Weibes, das sich vor unseren Augen abspielt.

Und um dieses leichtsinnige, widerspruchsvolle Weib zu geben, hat man sich vom Hamburger Stadttheater einen Gast geholt: Fräulein Ella Kobold. Vermohte ich nun schon in der Strindbergschen Christine jenes wichtige und kenntnisreiche königliche Weib nicht wiederzuerkennen das uns die Geschichte überliefert, so ging die letzte Illusion dahin, als sie von dem Gast in die Stille eines stierenden Kammerfächchens gegeben wurde. Ich hatte den Eindruck, als ob die Darstellerin nicht im Entferntesten in das Weib eines solchen Weibes eingedrungen sei; sie ließ jede Größe vermissen. Selbst in der großen Scene mit Ogensterna (im vierten Akte), wo sie sich als Förderin höherer Bildung geben soll, bleibt sie die kleine Kokotte. Doch man kann mit der Darstellerin nicht so scharf ins Gericht gehen, wird doch verbreitet, daß ihre Auffassung den Verfall Strindbergs gefunden hat, unter dessen Aufsicht sie die Rolle anlässlich der Erstaufführung in Deutschland — einstudierte. Sie kommt logischerweise mit einem gebundenen Mantel. Also abwarten bis sie huns noch andere Proben ihrer Kunst gezeigt hat. Auf

Gewerbegerichtswahl.

Der hiesige Magistrat macht bekannt, daß die Wahl von 102 Weisern des Gewerbegerichts und 31 Erlahmännern auf Donnerstag, den 27. Februar, angesetzt worden ist. Die Wahl ist unmittelbar und geheim; sie wird nach den Grundrissen der Verhältnismäßig mit gebundenen Listen vorgenommen. Die näheren Bestimmungen über Wahlbezirk, Wahlort und Wahlzeit bleiben einer weiteren Bekanntmachung vorbehalten.

Die Beiträge für die Angestellten-Versicherung und die Stadtgemeinde.

Ein anerkannter Antrag ist der Stadtverordneten-Versammlung vom Magistrat zugegangen; er will die Beiträge für die versicherungspflichtigen Gemeinde-Angestellten voll auf die Stadt übernehmen und den Angestellten mit Privat-Versicherungsvertrag die von ihnen zu zahlenden Beiträge in dem gesetzlichen Maße erlassen. In der Begründung sagt der Magistrat u. a.:

„Der durch das Gesetz betroffene Personenkreis ist im Hinblick auf seine Tätigkeit durchaus mit denjenigen Bediensteten zu vergleichen, die Beamtencharakter besitzen. Während aber diesen die Anwartschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung ohne Weiterzahlung zugesichert ist, erleiden die nach dem Gesetz versicherungspflichtigen Angestellten durch die ihnen gesetzlich auferlegten Leistungen — die Hälfte der vollen Beiträge — eine immerhin fühlbare Schmälerung ihres Dienstvermögens.“

Wie halten es demnach für angezeigt, die von dem Gesetz Betroffenen schadlos zu halten und haben beschlossen, die gesetzlich anzuhaltenden Beiträge in voller Höhe auf die Stadt zu übernehmen.“

Die von der Stadt über ihre gesetzliche Pflicht hinaus zu übernehmenden Leistungen belaufen sich nach überschläglicher Berechnung jährlich auf etwa 36.000 Mark.

\* Der nächste Zahlabend des sozialdemokratischen Vereins Breslau wird Montag, den 13. Januar, in den bekannten Lokalen abgehalten. Nur Mitglieder haben Zutritt.

\* Angestellte ohne Versicherungskarte scheint es noch recht viele zu geben. Wir verweisen deshalb darauf hin, daß nach § 189 des Gesetzes Angestellte von der Dispolizeibehörde durch Geldstrafe dazu angehalten werden können, sich eine Versicherungskarte ausstellen zu lassen. Wer als Angestellter noch keine Karte hat, tut deshalb gut, sie sofort zu beschaffen. Die Versicherungskarten werden jetzt im Magistratsbureau 13, Herrenstraße 28, 1. Etg., wochentags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags ausgestellt.

\* Die Stadtverordneten-Versammlung hält ihre nächste Sitzung Donnerstag, den 9. Januar, ab. Die Zahl der neuen Magistratsvorlagen ist verhältnismäßig gering; es sind nur elf eingegangen, auf die wir zum Teil an anderer Stelle zurückkommen. Von den alten Vorlagen sind zu erwähnen: der Nachtrag zur Luftverkehrssteuerordnung, die Erhöhung der Grundsteuer und die Ausgestaltung der allgemeinen Ortskrankenkasse zur allgemeinen Ortskrankenkasse im Sinne der Reichsversicherungsordnung.

\* Kanal in der Gräbchen Vorstadt. Die Schlesische Immobilien-Aktien-Gesellschaft hat sich verpflichtet, die südliche Hälfte der Gräbchenstraße zwischen Kopischstraße und Güterumgehungsbahn auszubauen. Der Magistrat hat deshalb beschlossen, den Entwässerungskanal, der in diesem Teile für Gräbchen noch gebaut werden muß, bald herzustellen, um die hohen Kosten eines Wiederaufbaus nach der Pfisterung zu vermeiden. Der Kanal, der gemauert wird, soll 36.000 Mark kosten.

Stadt-Theater.

„Margarete“ v. Ch. Gounod.

Herr Carl Braun aus Wiesbaden, der am Sonntag ein Gastspiel als „Mephisto“ gleichzeitig forsetzte und — leider! — beendete, zeigte sich auch in dieser Partie als ein Sänger und Darsteller von nicht gewöhnlichem Können. Sein Organ ist plastisch, klar, reich, ausdauernd und tragend, seine Textaussprache schlechthin musterhaft. Man möchte ihm nur zum Vorwurf machen, daß er zu oft von der mächtigen Fülle seines Vorgesanges macht; und die Mißspieler anscheinend in den Hintergrund drängt. Ich sage: „anscheinend“, denn mir erschien gestern unser Hochheim als der vornehmere, da er sich mit seinen schönen Mitteln maßvoll verhielt, obwohl das Orchester des älteren recht vorzüglich war, wie in dem Tergel des vierten Aktes. Als Darsteller und musikalischer Phrasierungskünstler steht Herr Braun freilich auf einer einsamen Höhe. Sein Mephisto war in dieser Hinsicht den französischen Manieren viel näher, als man es bei anderen deutschen Darstellern zu sehen gewohnt ist. Seine Auffassung des Mephisto ist ganz auf das Dämonisch-Sarkastische gestellt; jene behäbige Gemütsart, die den meisten Vertretern dieser heillosen Partie zu eigen ist, liegt ihm fern. Was mir wenig gefiel, war das Tempo des famosen Ständchens: es war mir zu verschleppt. — Im Gegenfah hierzu war die Eingangszene im zweiten Akt geradezu eine Karikatur. Mehr Achtung vor dem Kunstwerk ist unsere wiederholte Forderung. — Das vorzüglich besetzte Haus bereitet dem auch figürlich „hervorragenden“ Gast stürmische Ovationen.

Lobe-Theater.

„Königin Christine“

historisches Drama in 4 Akten von August Strindberg. Zuerst wird man sich verwundert fragen, was denn Strindberg, der doch sonst mit großer Vorliebe nur moderne Probleme in seinen Dichtungen behandelt, veranlaßt, sich mit seiner Christine den Stoff aus der Geschichte zu holen. Wohl muß es einen sich oft und eingehend mit dem Katholizismus beschäftigenden Dichter locken, das erbitterte Aufbegehren des Protestantismus gegen die alte Kirche, jenes düstere Kolossalgemälde religiösen Fanatismus, das wir unter dem Namen „Dreißigjähriger Krieg“ kennen, dramatisch zu gestalten, um uns sein inneres Wesen, noch durchdringt vom Pulsschlag des Lebens, vor Augen zu führen. Und vielleicht hätte man von einem modernen Dichter fordern können, daß er auch jenen, im Unterbewußtsein der Völker tätigen wirtschaftlichen Kräfte ihren Teil in dem gewaltigen Ringen zuweisen hätte. Wenn er einer, so brachte Strindberg eine schöne Gestaltungskraft

einer ungleich höheren Stufe stand das Können bezu, die Auffassung der anderen Mitwirkenden. Hier trat besonders das aus der Tiefe der Seele schöpfende Spiel des Herrn Fik hervor, der einen in Ungnade gefallenen Liebhaber, der in der Not zum Freunde wurde, gab. Die besonnenen ehrfurchtgebietende Würde des ehemaligen Freundes Gustav Adolfs, Ogensterna, fand in Herrn Johow einen guten Darsteller. Der sich erst als Trottel gebende, dann aber seinen wahren Charakter zeigende Thronnachfolger Carl Gustav des Herrn Roth war eine feine Leistung. In taktvoller Zurückhaltung spielte Herr Sloba den temperamentvollen Liebhaber Klaus Troll. Im Lieberon war die ganze Inszenierung durch Herrn Berger ein Meisterstück der Regiekunst. F.

Wohltätigkeitskonzert.

Am Sonnabend, den 4. Januar, fand zu Gunsten des „Jüdischen Volksheims“ im großen Saale des Kongresshauses eine Festlichkeit statt, welche unter Leitung des Oberregisseurs Bonno stand. Troßdem der Beginn der Veranstaltung auf 9 Uhr, eine ungewöhnlich späte Stunde, festgelegt war, fanden sich um diese Zeit verhältnismäßig sehr wenige Besucher ein, so daß die Vorträge tatsächlich erst kurz vor 10 Uhr ihren Anfang nahmen. Eine junge Künstlerin, Fräulein Martha Grünbaum, verteilte sehr gewandt und mit natürlichem, festem Humor einige Scherzgedichte, die den großen Vorzug hatten, von dem üblichen Schema abzuweichen. Leider verpufften diese für intime Räume bestimmten reißenden Kleinigkeiten in dem großen Saale. Einige Gesänge des Oberkantors Cerini lösten lebhaften Beifall aus, desgleichen das Duett des vierten Aktes aus der „Jüdin“, bei dem Herr Wilhelm (von der Oper) trefflich assistierte. Der letztgenannte spendete ein sehr droiliges Lied von Bonno, das gut gefiel. Frau Rose Mac Grew sang u. a. eine Arie aus der „Madame Butterfly“ und gab auf starken Applaus das Wiegenlied von Brahms zu. Herr Stöfel enterte mit einigen Couplets den stürmischen Dank seiner leider nicht sehr zahlreichen Zuhörer. — Da die auf dem Programm angeführten Künstler laut der von Herrn Bonno gesprochenen Einleitungsworte sämtlich erscheinen sollten, so werden sich diejenigen, welche die Geduld hatten, den kommenden Sonntag abzuwarten, hoffentlich noch sehr an den Gaben der Damen Sirinmann, Fidler und Reisinger, sowie der Herren Brunner, Gaal und Roth ergötzen haben. Herr Dr. Aron war den Vorträgenden ein zuverlässiger Beileiter. Da der Schlaf vor Witternacht bekanntlich der gesündeste ist, zog ich vor, den Saal nach dem ersten Teile zu verlassen, zumal in meiner Umgebung trotz des herrlichen Verfalls fast geraucht wurde. Unglücklich, wo Künstler vom Theater mitwirkten!



## Reserve- und Landwehr-Übungen im Frühjahr.

Einer Korrespondenz zufolge erfolgt die Einberufung des Beurkundungsstandes zu Übungen in geschlossenen Reserveformationen in diesem Jahre sehr früh. Während die Reserveregimenter und Abteilungen sonst gewöhnlich erst in den Monaten Juli bis September auf den Truppenübungsplätzen aufgestellt werden, geschieht dies nach der Korrespondenz bereits zum Teil im Februar und im März. Als Grund dafür wird angegeben, die Belegung vieler Truppenübungsplätze mit Neubildungen der Heeresvorlage 1912, die erst zum nächsten 1. Oktober oder noch später Kasernen an ihren künftigen Standorten bekommen werden.

Aus Köln wird weiter berichtet: In den letzten Tagen erhielten zahlreiche Reservisten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ihren Befehl zum Einberufungsbefehl für 56 tägige Übungen. Da diese Übungen im gegenwärtigen Augenblick und wegen ihrer außergewöhnlichen Dauer allerdings Vermutungen hervorrufen dürften, so sei festgestellt, daß es sich um eine Übung von solchen Infanteriemannschaften handelt, die mit der Handhabung der Maschinen-gewehre vertraut gemacht werden sollen, um auch für diese Waffe die nötigen Reservemannschaften zu erhalten.

## Der Raschle'sche Rettungsmantel

legte am gestrigen Sonntag vor einem nach Hunderten zählenden Publikum und Vertretern der Presse die zweite größere Probe seiner Verwendbarkeit ab.

Wie angekündigt, fand das Probeschwimmen zunächst in der Strauß'schen Badeanstalt an der Ohle statt, wo Herr Raschle kurz vor 11 Uhr in seinen braunen Gummimantel schlüpfte, eine Operation, die in wenigen Minuten erledigt ist. Es handelt sich um einen nach dem Prinzip der Taucheranzüge konstruierten Anzug aus feinem Gummi, der um Gesicht und Hände fest abschließt. Während jedoch der Taucheranzug mit Metallplatten beschwert ist, die seinen Träger in die Tiefe ziehen müssen, tritt hier an ihre Stelle ein Fortring in der Gegend der Hüften und Korpplatten unter den Fußsohlen, die den Oberkörper und die Füße über der Wasseroberfläche halten, wie überhaupt das ganze Zeug aus leichteste angefertigt ist. Mit zwei runden Raddeln, nach Art kurzer Ruder, steuert und bewegt sich der Mann nach der selbstgewählten Richtung. Herr Raschle machte sich in dem eiskalten Element schnell heimisch; sahen seine Bewegungen zuerst etwas mühsam und schwierig aus, so verlor sich dieser Eindruck bald, wenn man gewahrte, daß die Schwimmer — ein zweiter hatte sich bald dazugesellt — Hundertlang ihre Kräfte bewahrten und gegen die eiskalte Temperatur des Wassers gefest schienen, während die zahlreichen Zuschauer sehr schnell kalte Füße bekamen. Herr Raschle machte sich's inzwischen auf dem Wasser bequem, zog eine Zeitung aus der Tasche und begann gemütlich rauchend mitten auf dem Fluß zu lesen. In welcher guter Verfassung der Wassermann sich befand, bewies auch der Umstand, daß er nach dreiviertelstündigem Aufenthalt im  $\frac{1}{2}$  Grad Wärme messenden Wasser mehrmals eine Nische lud und mit sicherer Hand abschob. Als aber Herr Raschle in einem gleichen Anzug ins Wasser stieg, bot ihm der Kamerad ein Spiel Schachmatt an — zum Elat fehlte der dritte Mann. Unter fröhlichen Zurufen aus dem Publikum wurden die Karten gemischt und bald war das Spiel im Gange. Troden wie sie hineingegangen, verließen die Herren das Wasser.

Nun war noch der Beweis abzulegen, daß das Experiment auch in der stärkeren Strömung und etwas kälteren Temperatur der Oder glücken würde. Zu diesem Behufe hatte die Strombauverwaltung die Wasserboje „Frieda“ und „Käthe“ zur Verfügung gestellt; leider war der amtierende Beamte bei der Einnahme der Pressebetreiber sehr enggerig, so daß die meisten der Herren auf die Fahrt verzichten mußten. Von diesen kleinen Landstörchen aus sprangen die beiden Fahrer der Rettungsmantel am Zoologischen Garten mitten in den Strom, und ohne jede Beschwerde paddelten sie vor den Schiffen entlang, unter der Kaiserbrücke durch bis an die Leffingbrücke, so daß auch diese Aufgabe glänzend gelöst war. Gestern wird, daß die Probe zur See, die dieser Tage in Hamburg abgelegt werden soll, eben so günstig ausfällt.

## Aus aller Welt.

**Der Volksbildungsverein Berliner Magistrat.** Der Magistrat von Berlin beschloß, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, dem Verein „Freie Volkshäuser“ eine erste Hypothek von zwei Millionen Mark zu bewilligen. Als Bedingung wurde gestellt, daß das Theater im Scheunenviertel am Bülowplatz errichtet werde und mindestens zehn Nachmittags-Vorstellungen für Gemeindschüler zu billigen Eintrittspreisen gegeben werden.

**Ein Jubilar.** Am 6. Januar vollendet der Komponist Max Bruch in Berlin sein 75. Lebensjahr. 1853 zu Köln geboren, erhielt er den ersten Musikunterricht von seiner Mutter, die eine geschätzte Musiklehrerin war und in ihrer Jugend wiederholt auf den Rheinischen Musikfesten als Solosopranistin mitwirkte. Bereits als 11-jähriger Knabe beehrte er sich in größeren Kompositionen und brachte mit vierzehn Jahren schon eine Symphonie zur Aufführung. 1873-77 wurde er Stipendiat der Regierung und als solcher Schüler von Hiller und Reinecke. Nach langem Aufenthalt in Leipzig lebte er 1878-81 als Musiklehrer zu Köln, wo er bereits 1878 seine erste dramatische Komposition herausbrachte. 1881 trat er nach dem Tode seines Vaters eine ausgedehnte Studienreise an, welche in Rom sein Ende, wo 1883 seine Oper „L'Arlecchino“, Text von Debis, aufgeführt wurde. In Mannheim schrieb er mehrere Chorwerke, von denen „Frohlock“ schnell bekannt wurde. Nach einander beendete er einige Opernmeisterwerke in Koblenz, Sondershausen, Bonn und Berlin, wo er Mitglied des Sternschen Gesangsvereins war. 1889-1890 lebte er in Soveral und ging dann als Nachfolger von Bernhard Seely nach Breslau, um die Leitung des Gesangsvereins zu übernehmen, die er bis 1891 befehligte. 1891 wurde ihm die Leitung einer Musikschule in Komposition an der Kaiser-Wilhelm-Universität übertragen. 1896 ernannte ihn die Kaiserliche Akademie zum Ehrenbürger. Er ist einer der bedeutendsten Komponisten auf dem Gebiete der Gesangscomposition und hat sich allein durch sein Violoncello Nr. 1 einen bleibenden Namen geschaffen.

**Die verhängnisvollen Gerichtsferien.** Eine interessante Episode in der unter dem Vorhange der Beileistungsleistung an Projektilen ein Butterhändler Bonawilla's

Da Herr Raschle Nichtschwimmer ist, so löst sein Anzug zwei Aufgaben. Er ersetzt den Rettungsring und hält seinen Träger sicher über Wasser, und er isoliert ihn vor der Wassertemperatur, was bei Unfällen auf offenem Meere mindestens ebenso nötig ist. Im Falle der „Titanic“ hätten zum Beispiel die Träger eines solchen Mantels, vor der Eiskälte geschützt, die rettenden Schiffe sicher abwarten können.

## Die ortsüblichen Tagelohnsätze,

die in vielfacher Beziehung eine große Rolle spielen, werden im Reichsarbeitblatt nach dem Stande vom 1. Dezember 1912 für die Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern neu veröffentlicht. Sie schwanken in Schlesien zwischen 1,60 und 2 Mark für die erwachsenen männlichen Arbeiter. Der Höchstlohn wird nur in einer Gemeinde, in Breslau, berechnet. Das Minimum liegt leider recht oft wieder, so achtmal im Bezirk Oppeln und zweimal im Bezirk Liegnitz, nämlich in Jauer und Landeshut. In Oberschlesien sind es merkwürdigerweise gerade ausgeprochene Industriegebiete, die das Minimum ausweisen. In Niederschlesien schließen sich Liegnitz und Bunzlau mit 1,60 Mark an. Selbstredend sind diese Minimalhöhen vollständig unzureichend, und man wird es nicht verstehen können, wie man zu diesen Zahlen gekommen ist. Es ist bezeichnend, daß die schlesischen Minimalhöhen die aller niedrigsten im ganzen deutschen Reiche sind; selbst die ortsüblichen Tagelohnsätze in rein agrarischen Gegenden Ostpreußens und Pommerns liegen wesentlich höher. Eine gründliche Nachprüfung der Sätze ist dringend geboten. Nicht Breslau hat den höchsten Satz, Görlitz mit 2,50 Mark. Im Gegensatz hierzu erscheint der Liegnitzer Satz von 1,60 Mark völlig unzulässig.

Wenn die Herren, die den ortsüblichen Tagelohn festsetzen, auch nur eine einzige Woche lang damit auskommen wollten, dann würden sie es am eigenen Leibe erfahren, wie notwendig es ist, die Sätze aufzubessern.

## Der Schutzmantel im Gerichtssaal

Schutzmantelungen gelten bekanntlich vor Gericht sehr viel, obgleich ein Schutzmantel doch auch kein höheres Wesen ist, sich knüpfen und irren kann, so gut wie andere Sterbliche. Mit irrtümlichen Schutzmantelaussagen haben wir uns im Gegenteil schon oft beschäftigt, und es ist noch gar nicht so lange her, daß eine Gastwirtin von der vierten Strafkammer freigesprochen werden mußte, weil die eidlischen Behauptungen des Schutzmantels dem Gericht bedenklich erschienen. Das Schöffengericht aber hatte gesagt: An der eidlischen Behauptung des Schutzmantels besteht nicht der mindeste Zweifel, die Vernehmung anderer Zeugen (Entlastungszeugen) erübrigt sich.

Wegen Übertretung der Bundesstrafverordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar 1910 mußte sich am Freitag der Führer des Kraftwagens 1 R 2719, Alfred Gruner, vor dem hiesigen Schöffengericht verantworten. In der Nacht zum 10. Oktober 1912 soll der Angeklagte um 12 Uhr 45 Minuten über die Hohenzollernstraße gefahren sein, ohne das hintere Erkennungszeichen seines Kraftwagens beleuchtet zu haben. Gruner bestritt ganz entschieden die ihm zur Last gelegte Übertretung. Er gab zwar die Möglichkeit zu, in jener Nacht über die Hohenzollernstraße gefahren zu sein, erklärte aber im übrigen, genau zu wissen, daß die hintere Wagenlaterne gebrannt hat und das Erkennungszeichen 1 R 2719 sichtbar war. Der Schutzmantel, von dem die Anzeige herrührt, beschwor, die hintere Laterne habe nicht gebrannt und das Erkennungszeichen sei unbeleuchtet gewesen.

Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Juhnhorst, legte dem Schutzmantel die Frage vor: „Wenn das hintere Erkennungszeichen, wie Sie sagen nicht beleuchtet war, dann fällt's doch eigentlich recht schwer, die Nummer zu erkennen?“

Der Schutzmantel: „Ich notierte die Nummer des Fahrzeuges beim Scheine einer Laterne, an der es vorbeifuhr.“

Nun ist zu berücksichtigen, daß Gruner — wenn er überhaupt als Täter in Frage kommt — zur Nachzeit auf der unbeleuchteten Hohenzollernstraße mit ziemlicher Geschwindigkeit gefahren ist. Ob es unter diesen Umständen so leicht ist, die unbeleuchtete Nummer des Autos ganz genau zu erkennen, ist mindestens fraglich. Ganz abgesehen davon berief sich der Angeklagte auf seinen Arbeitgeber, der eidlisch behaupten könne, daß die hintere Erkennungsnummer in der Nacht zum 10. Oktober beleuchtet war.

Im Gegensatz zur Aussage des Schutzmantels, beschwor eine Zeugin, die zur fraglichen Stunde im Auto des Angeklagten gefahren ist: „Beim Wegfahren vom Hotel Kautenkrantz kurz nach 12 Uhr habe ich das hintere Erkennungszeichen beleuchtet gesehen.“

Der Angeklagte erklärte noch: „Meine hintere Wagenlaterne hat elektrische Schlagbeleuchtung. Den Stromverbrauch bezahlt mein Arbeitgeber, und ich habe es nicht nötig, damit zu sparen. Dagegen muß ich jedes Strafmandat aus meiner eigenen Tasche bezahlen. Wenn ich also meine Schuld bestrafe, so wird man mir das wohl glauben können. Übrigens braucht

bereit verhaftet wurde, — zieht immer weitere Kreise und stellt der Untersuchungsbehörde fortgesetzt schwerere Aufgaben. Neuerdings sind auch, wie dem „Berl. Egl.“ geschrieben wird, beim Amtsgericht Schwerte die Akten, als man sie zur Vollstreckung eines gegen den Buttersälcher ergangenen Strafurteils herbeiholen wollte, auffallenderweise spurlos verschwunden. In einer Reihe von Nachbarstädten ist genau dieselbe Wahrnehmung gemacht worden. Das Schöffengericht Caspary hat den Bonneloh vor einigen Wochen wegen fortgesetzter Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz zu drei Monaten Gefängnis und laufend Mark Geldstrafe verurteilt. Als das Urteil zur Vollstreckung ausgefertigt werden sollte, waren sämtliche Akten verschwunden. Auch in Bochum und Berne, wo die Berichte den Buttersälcher verurteilten, fehlten die Akten und konnten nicht zur Stelle geschafft werden. So ist wohl der einzig dastehende Fall eingetreten, daß ein von einer Reihe von Gerichten rechtskräftig Verurteilter zur Vollstreckung der Strafe nicht herangezogen werden kann, da nirgends ein schriftliches Urteil vorzuliegen ist. In Dortmund und muß das Verfahren gegen Bonneloh zum drittenmal durchgeführt werden. In allen diesen Fällen steht die Behörde vor einem Rätsel; trotz energischer Untersuchung ließ sich auch nicht die geringste Spur von dem Verbleib der Akten finden und ebensowenig die Art und Weise ermitteln, wie die außerordentlich raffinierten Diebstähle ausgeführt werden konnten.

**Ausfahrungen eines geisteskranken Straßenbahnführers.** Eine aufregende Szene spielte sich auf der Straßenbahnlinie Leipzig — Wölkern ab. Dort verließ der Führer eines Wagens der elektrischen Straßenbahn während der Fahrt in Geisteskrankheit. Er ließ den Wagen plötzlich halten, ergriff den eisernen Bremshebel und zertrümmerte damit alle Scheiben des Wagens, bedrohte die Fahrgäste und sprang dann, mit dem Bremshebel um sich schlagend, vom Wagen herab, ließ über die Straße und geschlug dort ein Schaufensfer. Nur mit Mühe konnten Passanten und Schaulustige den Geisteskranken überwältigen. Er wurde in eine Nervenklinik gebracht.

**Ein vergeblicher Kassierer.** Nachdem er 160.000 Francs einlöslich hatte, beachtete sich in Paris der Kassierer der Charbon-Automobilgesellschaft in ein Café. Beim Verlassen des Cafés ließ er ein Portefeuille mit 55.000 Francs an dem Tische liegen. Als er seinen Bericht bemerkte und

zurückkehrte, war das Geld verschwunden. Vor Betreten des Cafés hatte der Kassierer bereits einen Sack mit 10.000 Francs Wechselgeld in einem Wagen liegen lassen.

**Opagadampfer „America“ gesunken.** Vier Torpedoboots vermißt. Der von New York ausfahrende Dampfer „America“, auf dem Präsident Castro für die Rückfahrt nach Europa Plätze belegt hatte, ist im Sturm bei der Ausfahrt aus dem New Yorker Hafen infolge niedrigen Wasserstandes mit tausend Passagieren an Bord aufgelaufen und sinkt im Kanal zwischen Staten Island und Brooklyn fest. Kapitän Knuth erwartet, bei Eintritt der Hochflut loszukommen. Die Lage des Schiffes wird als vollkommen ungefährdet bezeichnet. — Das Marineamt sandte Schachtschiffe auf die Suche aus nach vier Torpedobooten, von denen man seit dem vorangegangenen Sturm nichts mehr gehört hat.

**Ein amerikanischer Dampfer im Sturm gesunken.** Der von Fort Tampa in Florida nach Baltimore bestimmte Dampfer „Julia Luckenbach“ wurde während des seit Freitag wütenden Sturmes in der Chesapeakebay bei Newport von dem britischen Tankdampfer „Indratuala“ gerammt und sank sofort. 23 Personen der Besatzung, unter ihnen Kapitän Gilbert und dessen Frau, sind ertrunken, acht Mann wurden gerettet, nachdem sie sich sechs Stunden lang im Ekelwerk im wütenden Sturm festhalten hatten. Viele andere hätten noch gerettet werden können, sie erstickten aber vor Kälte und fielen von der Kalkung ins Meer, bevor Hilfe kam. Die Geretteten wurden nach Newport News gebracht. Sie erklärten, der Kapitän der „Indratuala“ habe nach dem Zusammenstoß jede Rettungsaktion verweigert. Die „Luckenbach“ war früher ein holländischer Dampfer und in Jaanoom gebaut.

**Sturm und Unwetter in Amerika.** Der Sturm wütete in der Nacht von Samstag zum Sonntag stärker denn je. Aus allen Gegenden laufen Hochposten ein. Die Meteorologische Station von New-York macht bekannt, daß man sich nach Abflauen des Sturmes auf eine enorme Kälte bis zu 18 Grad Celsius gefaßt machen müsse.

**Drei Todesopfer des Hamburger Brandunglücks.** Die drei bei dem Brandunglück in der Feinstraße zu Hamburg schwerverletzten Personen, ein Mann, ein junges Mädchen und ein vierjähriger Knabe, sind am Samstagabend im israelitischen Krankenhaus gestorben.

der Schutzmantel nur einen einzigen Buchstaben falsch erkannt haben, um die ganze Anzeige irrtümlich zu erstatten.

Der Schutzmantel erklärte, ein Verstum in seinem Anzug sei ausgeschlossen. Der Führer ist auch vom Hotel Kautenkrantz bis zur Hohenzollernstraße in mehreren Schutzmanteln vorbeifahren, ohne daß diese das Erkennungszeichen wegen fehlender oder ungenügender Beleuchtung beanstanden hätten.

Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme erklärte der Staatsanwalt: „Ich meinerseits halte eine Täuschung des Schutzmantels für ausgeschlossen.“ Dann setzte er aber hinzu, es sei vielleicht doch möglich, daß die elektrische Laternebeleuchtung auf der Hohenzollernstraße plötzlich ohne Schuld des Kautenkrantz verlagert hat und sich später das Licht von selbst durch einen Ruck oder Stoß auf dem Masten wieder eingeschaltet hat. Der Angeklagte beantragte schließlich diese etwas dunkle Angelegenheit zu verlagern und den Arbeitgeber des Angeklagten zum nächsten Termin zu laden. Das Gericht beschloß darauf nach diesem Antrage. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

## Des Landesverrats verbüchtig.

Unter dem Vorhange des Landesverrats wurde der Sonderungshelfer Eduard Kohler im November 1912 in Preußen verhaftet. Vor der zweiten Strafkammer mußte sich jetzt Kohler wegen fortgesetzter Untreue denfallsigen verantworten. Der Angeklagte ist im Jahre 1878 in einem kleinen Orte bei Markstube geboren und war seit mehreren Jahren in Breslau. Im Sommer 1910 wurde er stellungslos und kam mit seiner Frau in große Not. Im Januar 1911 wurde er auf seine Bewerbung von der hiesigen Fortifikationsverwaltung als Schreiber gegen einen Tagelohn von 3,50 Mark angenommen und am 11. Januar vom Ingenieuroffizier vom Platz durch Sandström an Eidestatt zur strengsten dienstlichen Verschwiegenheit verpflichtet. Das darüber aufgenommene Protokoll unterschrieb er fälschlich mit dem Namen Wilhelm Kohler, weil er fürchtete, sein wegen Diebstahls und Unterschlagung erlittener Vorstrafen könnten an den Tag kommen, wenn er seinen richtigen Vornamen nannte. Wie oben erwähnt, heißt Kohler mit dem Vornamen nicht Wilhelm, sondern Eduard. Nun blieb ihm nichts anderes übrig, als sich auch weiterhin Wilhelm Kohler zu nennen, und diesem falschen Vornamen unterschrieb er am 22. April 1911 ein zweites Protokoll und quittierte auch so über die Zahlung seines Gehalts. Wie er die erlangten militärischen Vorkenntnisse mißbraucht hat, soll der beim Reichsgericht in Leipzig gegen ihn schwebende Prozeß wegen Landesverrats zeigen. Besondere ist er beschuldigt, mit der russischen Regierung Verhandlungen gepflogen und ihr geheim gehaltenen militärischen Pläne und Zeichnungen übermitteln zu haben. Während der vom hiesigen Landgerichtsdirektor Kowalk geführten Untersuchung war der falsche Vornamen ans Licht gekommen und hatte zu der Unklarheit wegen Urkundenfälschung geführt. Die zweite Strafkammer verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis.

**Der Verbandstag schlesischer Vegetarier tagte am Sonntag in Breslau im alkoholischen Restaurant „Pomona“.** Der Lehrer Bräuer-Haynau hielt einen Vortrag über: „Unsere Volkswirtschaft im Lichte des Vegetarismus“. Er behauptete, daß so wie in Amerika Obst und Obst gegessen wird und empfahl eine Ernährung durch Pflanzenkost. Die Volkswirtschaft müsse dahin gehen, selbstmäßige Obst und Gemüse in großen Massen anzubauen. Der Redner verlangte eine größere Aufteilung des Landes und forderte einen Gartenstaat und Gartenstädte mit einer Industrie nur gemeinnütziger Dinge. In einer längeren Aussprache stimmten zahlreiche Redner dem Vortragenden zu. Aus dem vom Schriftführer, Magistratsbeamten Malik-Vieandt, erstatteten Jahresbericht ist zu ersehen, daß der Verband im Geschäftsjahr 1912 eine große Werbetätigkeit entfaltete und zum Zusammenbruch der schlesischen Vegetarier wesentlich beitrug.

**Verbüchtigte Milch.** Am 22. Oktober 1912 betrat der Gewerbeschutzmantel Drescher den Laden der Vorkosthändlerin Anna Pfennig, Berlinerstraße 2, und verlangte für 10 Pfund Vollmilch. Im chemischen Untersuchungsamt zeigte die von Frau Pfennig gekaufte Milch 1,90 Prozent Fettgehalt, obwohl Vollmilch nach dem Gesetz mindestens 2,70 Prozent Fettgehalt haben muß. Gute Vollmilch hat im allgemeinen mehr als 2,70 Prozent Fettgehalt. Um festzustellen, wer die unterkühlte Milch so stark verwässert hat, wurden von der Polizei beim Lieferanten der Vorkosthändlerin, dem Milchpächter Paul Tobias aus Waldow, zwei Milchproben angekauft, die jedoch den vorgeschriebenen Fettgehalt zeigten. Die Amtsmanufaktur erhob aber nicht nur gegen Frau Pfennig Anklage wegen fahrlässiger Nahrungsmittelverfälschung, sondern auch gegen den Milchpächter Tobias. Vor dem Schöffengericht erklärte die Vorkosthändlerin, mit der Milch nichts Straffälliges getan zu haben. So wie sie Tobias geliefert habe, sei die Milch verkauft worden. Zugaben mußte die Angeklagte, daß sie keine Milchpächterin hat, mit der man die Milch ziemlich genau, wenn auch nicht haarscharf, prüfen kann. Darin erblickte das Gericht die Fahrlässigkeit und verurteilte die Angeklagte zu neun Mark Geldstrafe, da sie wegen des gleichen Vergehens schon bestraft ist. Tobias wurde freigesprochen, weil die von ihm gekauften Proben einwandfrei waren.



**Kleine Breslauer Nachrichten.**

**Zur Jahrhundertfeier in Breslau** rücken auch die Schiller-Vereine im In- und Auslande. Geplant ist eine gemeinsame Festfahrt nach „Bruch-Drassel“ und eine Schillerwoche mit besonderen Festen. Die Führung ist dem Schlesierverein in Bremen übertragen worden. An der Spitze des Ausschusses der Schillervereine stehen drei Herren, die geborene Breslauer sind: Pastor Dr. Bruno Weiß als Ehren-Vorsitzender, Gewerbeschullehrer Th. Poffmann als Vorsitzender und May Wendt als Generalsekretär. Das Schirmherrschaft hat Herr A. Kriechow übernommen.

**Vom Wetter.** Nach der Frühlingsluft am Neujahrstage und an den folgenden Tagen brachte uns die Nacht zum Sonntag einen starken Frost. Im Freien sank das Quecksilber bei klarem Himmel bis auf vier Grad Ralte. Die Folge des plötzlichen Wetterumschlages war auch, daß sich auf allen Gewässern eine Eisecke bildete, die leider noch nicht als Eisbahn benutzt werden kann. Heute Montag ist das Wetter noch schöner als gestern; besonders sind an Stelle der Kälte einige Grad Wärme getreten.

**Konkurs eines Goldwarengeschäftes.** Das im Jahre 1902 gegründete Juweliergeschäft von Wette in Breslau, Neuschillerstraße 69, ist vor kurzer Zeit in Konkurs geraten. Die geschäftlichen Schwierigkeiten, in denen das Geschäft steckte, wurden erhöht durch einen Einbruch, der einen Schaden von 3000 Mark brachte. Der vom Konkursverwalter aufgestellte Abschluß ergibt einen Vermögensbestand von 1878 Mark. Die bevorrechtigten Forderungen belaufen sich auf 1567 Mark. Die Gläubiger mit nicht bevorrechtigten Forderungen erheben Ansprüche von 28.290 Mark, sodaß eine Teilmasse von 17 Prozent vorhanden ist. Die Gläubigerversammlung beschloß den Verkauf des Geschäftes. Ein Gläubigerausschuß wurde nicht gewählt.

**Zehn Jahre Zuchthaus** verhängte die erste Breslauer Strafkammer über zwei Frauen wegen fortgesetzten schweren Diebstahls. Von Ende August bis Anfang November 1912 wurden in allen Stadtteilen Polizeirazzien verübt und dabei Kleider- und Kleidungsstücke in großer Menge gestohlen. Am 6. November gelang es endlich der Kriminalpolizei, die Täter zu ermitteln. Die Hauswirtschafterin Agnes Dahn und die Bedienungsfrau Auguste Franz hatten die Diebstahle gemeinsam ausgeführt. Die gestohlenen Sachen wurden in die Wohnung des Haushalters Sobella geschafft und dort zu verbergen auch mit ihm geteilt. Die Frauen hatten sich meistens in die Käufer einschleichen lassen und mit Dietrichen und Nachschließen die Bodenklammern geöffnet und beraubt. In früher Morgenstunden beim Hausaufbruch verließen sie mit ihrer Beute die Grundstücke. Im ganzen konnten den Frauen achtzig Bodenbleistühle nachgewiesen werden. In der Anlage auf stand neben den Diebinnen auch Sobella wegen Diebstahls. Alle Angeklagten waren geschädigt. Wegen der Gemeingefährlichkeit ihres Treibens wurden die Frauen zu je fünf Jahren Zuchthaus, Sobella zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

**Ein Madenvater.** Der Eisenbahnarbeiter Reinhold Verzel aus Breslau hatte eines Tages seine siebenjährige Tochter an den Haaren gefaßt und auf den Boden aufgeschlagen. Die Folge dieser Mißhandlung war eine schwere Gesichtverletzung des Kindes. Der rohe Vater mußte sich am Freitag vor dem Schöffengericht verantworten; es erkannte auf einen Monat Gefängnis, da der Angeklagte wegen gleicher Hochtaten schon bestraft ist.

**Für Heilung von Trunksüchtigen** sind im Haushaltungsplan der städtischen Armenpflege im Jahre 1912 12.000 Mk. eingestellt worden. Dieser Betrag reicht aber bei weitem nicht aus, da die Zahl der Personen, die freiwillig oder gezwungen der Trinksüchtigen unterstellt sind, bedeutend gestiegen ist. Der Magistrat beantragt jetzt, die Ausgabe für die Trinksüchtigen um 5000 Mk. zu erhöhen, damit besonders die wohlthätigen Vereine unterstützt werden können.

**Das französische Konsulat** befindet sich vom 7. Januar 1913 an Moritzstraße 3, hpt.

**Eine Streuthypothek gegen einen Grafen.** Der Stenodirektor Graf Wladimir W. Nehner hatte eine Stenodhypothek auf 10 Tage für seine Korrespondenz angenommen. Als Lohn sollte sie 3 Mk. täglich erhalten. Nach zwei Tagen wurde jedoch das Mädchen entlassen. Der Graf zahlte ihm 10 Mk. damit sollte es abgefunden sein. Es kam vor dem Kaufmannsgericht ge en den Grafen auf Zahlung von 20 Mk. Die Klägerin gab an, sie sei auf 10 Tage angestellt gewesen und müsse daher den Lohn für die ganze Zeit bekommen. Der Graf, der selbst vor Gericht erschien, beantragte die Abweisung der Klage, da das Kaufmannsgericht zur Entscheidung gar nicht zuständig sei. Er sei nicht Kaufmann, unterlasse also nicht dem Kaufmannsgericht. Im übrigen meinte er, daß die Klägerin nur für geleistete Arbeit Lohn beanspruchen dürfe. Auf Antrag der Klägerin wurde die Klage dem ordentlichen Gericht überwiesen.

**Selbstmordversuch.** Am Freitagabend sprang ein Mann an der Grödelorücke in den Umgehungskanal. Es gelang aber, ihn vor dem Ertrinken zu retten. Man rief die Samariter der Feuerwehr herbei, die dem Manne die erste Hilfe leisteten und ihn dann ins Allerheiligen-Hospital schafften.

**Der alte Reichsinn.** Ein 70-jähriger Invalide von der Lohstraße ist auf dieser Straße beim Absteigen von der Straßenbahn, die noch in Bewegung war, gestürzt. Er hat sich so schwere Verletzungen zugezogen, daß ihn die Samariter der Feuerwehr, die ihn die erste Hilfe leisteten, ins Wenzel Hande-Krankenhaus schaffen mußten.

**Verkauf.** Am Sonntag wurde ein W. G. mit einem P. G. gezeichnetes Gut im Werkschaftshaus verkauft. Es wird gegeben, denselben im Bureau der Schuhmacher, Friedrich-Wilhelmstraße 17, Hof 1, anzutauschen.

**Einbrüche in Studentenlokale.** Es scheint hier eine besondere Sorte von Einbrechern aufgetaucht zu sein, die es auf die Lokale der Studenten abgesehen hat. Nicht hinterlassen sind in den letzten Tagen nicht weniger als vier solcher Einbrüche verübt worden. So auf der Schiffstraße, auf der Werderstraße und auf der Kirchstraße. Die Diebe haben außer dem vorerwähnten haren Gelde zwei Leberzettel, einen silbernen Becher, einen Schirm, einen Stock mit silbernem Griff und eine Flasche Cognac gestohlen.

**Waldbrand.** Am Sonntag vormittag wurde die Feuerwehr wegen eines Waldbrandes nach Borwerkstraße 7 gerufen, wo in der Nähe eines Ofens ein Balken in Brand geraten war. Nach Freilegung der Brandstelle konnte das Feuer in wenigen Minuten mit der Eimerprühle gelöscht werden.

**Mit dem Sprungschuß** getretet hat die Feuerwehr Sonnabend früh kurz nach 9 Uhr einen jungen Mann, in dessen möblierten Wohnung, Borwerkstraße 32, 1. Stock, ein Brand ausgebrochen war. Als die Feuerwehr am Platze erschien, sah sie den Mann auf dem Fensterbrett hocken, während existierender Qualm aus den Fenstern der Wohnung drang. Die zur Rettung angelegte Leiter erwiderte sich, da der 1. Stock sehr hoch liegt, als zu kurz, und da kein Augenblick zu verlieren war, wurde von Feuerwehrmannschaften das Sprungschuß aufgefassen, der vom Feuer Bedrohte sprang hinein und war gerettet. Er hatte aber Brandwunden im Gesicht und an den Händen und starke Rauchvergiftung erlitten. Es wurde deshalb der Sauerstoffapparat angewandt, um ihn zu beleben; nachdem ihm auch keine Wunden verbunden waren, ließ er sich in das Wenzel Hande-Krankenhaus schaffen. Ueber die Brandursache ist nicht

Gewisses zu erfahren, da der Mann jede Auskunft verweigert.

**Im Krankenhaus gestorben** ist am Sonntag der 53 Jahre alte Geschäftsmann Karl Wengler von der Berlinerstraße. Er war am 3. Januar auf der Unterferstraße 115/16 aufgefunden und von Samaritern der Feuerwehr ins Allerheiligenhospital geschafft worden. Da er das Bewußtsein nicht wiedererlangt hat, konnte man nicht erfahren, wo er den Schädelbruch erlitten hat, der seinen Tod herbeiführte.

**Selbstmord.** Eine Strohhutmäherin hat sich am Sonntagabend in ihrer Wohnung auf der Krullstraße erhängt. Sie war seit langem nervenleidend und wiederholt in einer Heilanstalt untergebracht.

Verloren wurden ein Portemonnaie mit 8, 12, 60, 5 Mk. und zwei goldenen Ringen, eine Geldtasche mit 800 Mk., ein grauer Leinwandbeutel mit 140 Mk., zwei schwarze Pelzboas, ein schwarzer Pelzmuff, ein Wiberemuff, ein goldenes Kettenarmband mit Anhänger, eine Damenstahluhr mit silberner Kette, 9, 58 Mk., ein goldener Trauring, geb. V. G. 15. 11. 02, eine blaue Damengeldtasche, fünf Zwanzig- und zwei Zehnmarkstücke, ein goldener Trauring, geb. V. S. 12. 12. 08 und ein schwarzer Damenschirm.

Gefunden wurden ein goldener Manschettenknopf, eine grüne lederne Handtasche mit Inhalt, Invalidenmarken, ein Augenlas mit Ponceklaffung, drei Portemonnaies mit Inhalt, ein Anhänger mit Bildnis, ein Spazierstock. Zu erfragen im Fundbüro des Polizeipräsidiums, Ursullnerstr. 29.

**Vereine und Versammlungen.**

**Gumboldtverein für Volksbildung.** Donnerstag, den 9. Januar, abends 8 Uhr, wird Herr Dr. med. Gerhard Dahn im Saale von Casper, Matthislasstraße 88, einen Vortrag halten über „Das Baden in alter und neuer Zeit.“ Der Eintritt ist für jedermann frei.

**Aus Breslau (Land)-Neumarkt.**

Unsere Berichterstatter bitten wir, Nachrichten stets direkt an die Redaktion zu senden. Jeder Bericht, der uns auf Umwegen zugeht, erleidet eine unnötige Verzögerung. Auch bitten wir um möglichst ausgiebige Berichterstattung. Jede Nachricht kann unter Umständen wichtig sein.

**Parteinachrichten.** Distrikt 12. Jahlabend, den 7. Januar bei Wellnes in Partlieb, Redner: Genosse Winger. Die weiteren Jahlabende werden regelmäßig jeden ersten Mittwoch im Monat abgehalten.

Distrikt 4, Rosenthal und Umgegend. Die festgelegte Distriktszusammenkunft findet erst am Sonntag, den 12. Januar, vormittag 10 1/2 Uhr, bei Ubrig statt. Redner: Genosse Meyer. Bericht vom preussischen Parteitage. Die Mitgliebsbücher sind mitzubringen.

**Maltsch.** Der Amtsvorsteher als Saalab-rater. Die Mitglieder des deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Sektion der Stimmenschiefer, wollen hier, um zu ihrer Lohnbewegung Stellung nehmen zu können, eine oder mehrere Mitglieder-Versammlungen abhalten. Die Vertrauensmänner verhandeln mit dem Besitzer des Gasthofes „zur Provinz“, Herrn Runke, über die Freigabe des kleinen Saales; er erklärte sich auch dazu bereit, nur wollte er, um auch sicher zu gehen, den Amtsvorsteher erst fragen, ob ihm daraus Nachteile entstehen könnten.

Als der Wirt an Amtsstelle sein Anliegen vortrug, meinte Herr Amtsvorsteher Dr. Köhler, verbotenen könnte er eine derartige Versammlung nicht. Doch rate er, das Lokal nicht herzugeben, da er doch verschiedene Vereine bei sich hätte, darunter den Kriegerverein. Diese müßten dann das Lokal verlassen.

Wir sind der Ansicht, daß es nicht zu den Aufgaben eines Amtsvorstehers gehört, irgendwie beeinflussend in wirtschaftliche Angelegenheiten der Bewohner seines Amtsbezirks einzugreifen. Auch als Privatmann sollte sich Herr Dr. Köhler hüten, solche Ratschläge zu geben. Er tut bedeutend Mäßer, wenn er seine Person nicht in den Vordergrund wirtschaftlicher Streitigkeiten stellt. Wie leicht kann er sich dabei den Vorwurf der Parteilichkeit und Voreingenommenheit zuziehen, und das ist seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher doch wenig dienlich.

**Neumarkt. Brand.** Am Sonnabendabend brannte im Nachwäldchen ein großer Schuber mit Weizen nieder. Eine Drechselmaschine und eine Strohprelle sind mit verbrannt. Das Feuer brach auf bisher unaufgeklärte Weise aus.

**Wanger.** Sittlichkeitsverbrechen. Am 21. Dezember hat ein unbekannter Mann auf dem Wege von Wanger nach Vollogwitz an zwei Schulmädchen ein schweres Sittlichkeitsverbrechen begangen. Der Täter ist ein kleiner Mann mit anscheinend etwas hohem Rücken, magerem blassen Gesicht, schwarzem Schnurrbart und teilweise kahlem Kopf. Bekleidet war er mit grüner Jacke, dunkler Hose und brauner Mütze, deren Klappen oben angeknöpft waren. Auch führte er ein Fahrrad mit gelben Felgen und braunen Griffen bei sich, an dem ein Bahnradsportstiel für die Strecke Josten-Robertowitz befestigt war. Angaben betreffs der Person des Täters werden im Zimmer 8, Schulstraße 46, des Polizeipräsidiums entgegengenommen.

**Neueste Nachrichten.**

**Der Balkankrieg und seine Folgen. Zur Friedenskonferenz.**

**Konstantinobel, 6. Januar.** Wie hier bestimmt verlautet, werden die türkischen Friedensdelegierten den vereinigten Balkanstaaten heute eine Note überreichen, in der die neuen Grenzen festgesetzt werden. Diese sollen über Maritza und Tandjah gehen und die Festung Adrianopel auf türkischem Gebiete belassen. Dagegen würden die Balkan Salontik an Bulgarien abtreten. Die Ottomantische Regierung wolle, so heißt es, gleichzeitig den Vorschlag den Balkandelegierten machen, die Festungswerke von Adrianopel zu schleifen.

**London, 6. Januar.** In den hiesigen gut unterrichteten politischen Kreisen ist man überzeugt, daß es in der heutigen Sitzung der Friedensdelegierten nicht zum Abbruche der Verhandlungen kommen werde, trotzdem es gerade jetzt äußerst schwer ist, sich eine Prognose zu bilden. Man hat doch die Ueberzeugung, daß, wenn auch die Delegierten der verbündeten Balkanstaaten noch so unangenehm sind, sie doch nicht gegenüber Zugeständnissen der Türkei zu neuen Feindseligkeiten schreiten werden. Man glaubt, daß die türkischen Delegierten eine neue Grenze zwischen der Türkei und Bulgarien vorgeschlagen, welche den Forderungen der Balkanstaaten schon bedeutend näher kommen wird.

**1 1/2 Millionen Französischer Kriegentschädigung.** Belgrad, 6. Januar. Die vielfach verbreitete Nachricht, daß die verbündeten Balkanstaaten keine Kriegentschädigung von der Türkei verlangen, ist unrichtig. Sie verlangen als Erlös für die großen Kriegsausgaben und Sanktionsverluste 1 1/2 Milliarden Französischer Kriegentschädigung.

**Bulgarisch-rumänische Verhandlungen.**

**London, 6. Januar.** Aus Sofia wird über die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen gemeldet, daß seitens der rumänischen Regierung die Ueberlassung von Silistrien, Dobritz und Kavarca gefordert würde. Die bulgarische Regierung habe erklärt, sie sei zu einer Grenzregulierung bereit, wolle aber keine großen Gebietsceden abtreten.

**Eine neue Aktion der türkischen Flotte.**

**Konstantinobel, 4. Januar.** Die türkische Flotte ist um 9 Uhr früh aus den Darbanellen ausgelaufen, und befindet sich seit 10 1/2 Uhr im Kampfe mit der griechischen Flotte. Die türkische Flotte kehrte abends in die Darbanellen zurück, wie verlautet, in unversehrtem Zustande und ohne Kampf!

**Ersttöt.**

**Jarmen, 4. Januar.** In Jarmen bei Jarmen fand man heute die stebenköpfige Familie des Arbeiters Oldenberg bettungslos auf. Der herbeigekommene Arzt konnte fünf Personen ins Leben zurückrufen, während ein jüngeres Kind und der neunzehnjährige Sohn, ein Streckenarbeiter, bereits tot waren. Das Unglück ist durch zu frühes Schließen des Ofens entstanden.

**Wieder flott.**

**Hamburg, 6. Januar.** Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit: Der Dampfer „Amerika“, der gestern bei der Ausfahrt aus dem New Yorker Hafen auf Grund geriet, ist am Sonntag morgen um 6 Uhr 45 Min. ohne Schaden erlitten zu haben, wieder flott geworden und hat nachmittags um 1 Uhr die Reise nach Hamburg wieder fortgesetzt. An Bord ist alles wohl.

**Der Geldbrief.**

**Breslau, 6. Januar.** Fabrikdirektor Bobolski, der Absender des mit Papierfingerringen gefüllten und mit 70.000 Mk. verlasteten Briefes, ist heute abend als Untersuchungsgefangener in das Amtsgericht eingeliefert worden.

**Streik.**

**Berlin, 6. Januar.** Die Mitglieder der drei Organisations der Pfeifenleger und Hilfsarbeiter Groß-Berlins, soweit sie im deutschen Bauarbeiterverband, im Christlichen Bauarbeiterverband und der Freien Vereinigung organisiert sind, beschloßen am gestrigen Sonntag in gemeinsamer Sitzung, heute in allen in Frage kommenden Betrieben die Arbeit ruhen zu lassen und nicht früher wieder aufzunehmen, bis die Arbeitgeber sich bereit erklärt haben, auf Grundlage der unterbreiteten Forderungen zu verhandeln und ihre neuen Arbeitsordnungen zurückgezogen haben. Der Arbeiterverband hatte eine allgemeine Aussperrung angekündigt, im Falle auch nur in einem Betriebe die Unterschriften der neuen Arbeitsordnung verweigert werden sollten.

**Typhus.**

**Danau, 6. Januar.** Die Typhusepidemie in Danau hat am gestrigen Sonntage noch ein Opfer gefordert. Der Premier-Schubach aus Zehmsheim ist dieser tödlichen Eruche erlegen. In Danau sind bisher acht und auswärtig drei Todesfälle an Typhus zu verzeichnen. Im übrigen geht die Epidemie zurück. 56 an Typhus erkrankte Personen befinden sich im Krankenhaus auf dem Wege der Genesung und man rechnet in den Kreisen der Unfallärzte bestimmt mit ihrer völligen Genesung. Der Krankenstand beträgt zurzeit insgesamt 178 Personen.

**Die verzweifelte Mutter.**

**Berlin, 6. Januar.** In der Ebertstraße im Osten von Berlin verlor gestern nacht die 37-jährige Ehefrau des Glasermeisters Weinberg, sich mit ihren vier Kindern im Alter von fünf bis fünfzehn Jahren mit Leuchtgas zu vergassten. Glücklicherweise wurde die Vereweisungstakt noch rechtzeitig bemerkt, sodaß alle fünf Personen gerettet werden konnten.

**Reinerz.**

**6. Januar.** Das Schützenhaus in Flammen. Eine verheerende Feuersbrunst wüthete am Sonntagabend in dem hiesigen Schützenhause, einem aus dem Jahre 1737 stammenden Bau. Bald nach 7 Uhr morgens bemerkten Wacharbeiter, daß in der Nähe des Schornsteins Rauchmengen aus dem Dache quollen; wenige Minuten später stand bereits der Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung in Flammen. Die Feuerwehren gingen mit mehreren Schlauchleitungen gegen den Brandherd vor, doch wurde das Gebäude vollständig vernichtet. Besonders bedauerlich ist es, daß eine Anzahl der prachtvollen Aftnigscheiben aus napoleonischer Zeit, sowie historische Uniformen und Ausrüstungsstücke der Gilde usw. mit verbrannten.

**Literatur.**

**Arbeiter-Jugend.** Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nummer 1 des fünften Jahrganges heben wir hervor: Das wahre Gesicht der bürgerlichen Jugendpflege. — Vom Reichstag. Wie er gewählt wird (zur Staatsbürgerkunde). — Der Blutkreislauf. Von A. Lipschütz (Mit Abbildungen). — Von meiner ersten Wanderfahrt. Von Richard Westenthal. — Wabfinder und Schundliteratur. Von A. Böttcher. — Von unseren österreichischen Kameraden. Von Anton Jenschit. — Die Gegner an der Arbeit. Vom Kriegsschauplatz usw.

**Beilage:** Ins neue Jahr hinein. Zeichnung von G. Winkelmann. — Die Ausbefferung der Ganna Quinlan. Australische Erzählung von Edwin Dylon. — Lessing. Von G. Goerne. — Rembrandt der Volksdarsteller. Von Wilhelm Gantenstein (mit Abbildungen). — Stroas über Musikpflege. Von A. Duff. — Vom Kalender. Von Otto Koenig. — Der Lehrlingskollen. Von W. Bromme. — Die Gedanken. Gedicht von Ludwig Pfau.

**Wasserstands-Nachrichten der Ober.**

Ort	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
1. 11. 70	2. 20	3. 20	4. 20	5. 20	6. 20	7. 20	8. 20	9. 20	10. 20

**Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.**

Wochentag	1. Januar	2. Januar	3. Januar	4. Januar	5. Januar	6. Januar
Temperatur	1.1	1.2	1.3	1.4	1.5	1.6
Windrichtung	1.1	1.2	1.3	1.4	1.5	1.6
Windstärke	1.1	1.2	1.3	1.4	1.5	1.6







## Wann kommen bessere Zeiten für die Tabakarbeiter?

Jahrzehntelang leiden nun die deutschen Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen unter Steuertreiberei und Steuerdruck; die Wertsteuer von 1909 hat allem die Krone aufgesetzt. Bei einer Arbeiterchaft, die ohnehin mit ihrem Verdienst an der Mindestgrenze steht, muß Arbeitslosigkeit und mangelnde anderer wirtschaftlicher Druck auf das empfindlichste wirken. Nicht der Tabak, sondern die Tabakarbeiterchaft blüht! Hinzu kommt noch die furchtbare Preissteigerung fast aller Waren, wie der Meisten, Steuern usw. Als das Wertsteuergesetz kommen sollte, ist von uns betont worden, daß Jahrzehnte vergehen würden, ehe wieder ruhige Verhältnisse in der Tabakindustrie Platz greifen würden, ganz davon abgesehen, daß eine Hemmung nicht nur in der Entwicklung überhaupt bestehen bliebe, insbesondere die Lebensverhältnisse der Tabakarbeiter dauernd eine Verschlechterung erfahren würden.

Nun haben wir ein paar Jahre Wertsteuergesetz hinter uns, und trotz der allgemein günstigen Wirtschaftskontinuität in Deutschland will sich die Lage in unserer Industrie nicht wieder festigen. Wohl steigt die Rohstoffpreise allmählich wieder und es mag nicht mehr lange dauern, bis die Produktion ihren alten Stand wieder erreicht hat. Das will aber noch nichts besagen. Es mangelt vor allem an der allgemeinen Sicherheit in unserer Industrie, und zwar in technischer und kaufmännischer Hinsicht. Es mangelt vor allem in der Zigarettenindustrie an einem genügenden und geregelten Absatz. Wenn auch die Rohmaterialpreise abzüglich Zoll und Steuern, sowie andere Umstände, die hier nicht alle erwähnt werden können, nicht unbeachtlich sind an der gedrückten Lage in der Zigarettenindustrie, so trägt doch die Wertsteuer direkt und indirekt die Hauptschuld. Wir wissen, daß nach Inkrafttreten der Steuer zehntausende Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen aus der Industrie verdrängt wurden, wissen aber auch, daß bis jetzt noch lange nicht der alte Stand der Tabakarbeiter wieder erreicht wurde; ferner ist durch Mitteilungen und Erhebungen der Fabrikanten bekannt geworden, daß fast überall die Läger vollgestopft sind; wenn trotzdem die Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern noch eine große ist, größer als sie es vor der Wertsteuer war, so ist das ein Beweis dafür, daß die gesteigerte Rohstoffpreise allein kein Gradmesser für die Lage in der Tabakindustrie ist, zumal die Zigarettenindustrie einen erheblichen Teil der Mehreinfuhr steigend für sich absorbiert.

Es ist denn auch kein Wunder, daß manche große und renommierte Firmen der Zigarettenindustrie mit ersten Schwierigkeiten zu kämpfen hatten und ferner zu kämpfen haben werden. Es war gewiß eine Ueberraschung, als in der Fachpresse die Liquidation der alten, bekannten Dresdener Firma Collenbusch gemeldet wurde. Eine Reihe anderer Firmen, die Zigarettenfabriken haben, zogen einen Teil derselben ein, so Georg Deter die Zigaretten in Braunschweig, Jellertfeld, Kamitzsch und Boms. Gerade von der Firma Georg Deter in Breslau (Wardenwerper u. Silling) wurde allgemein angenommen, daß sie auf unbedingt sicheren Grundlagen stehen; und doch kam kurz vor Jahresabschluss die Mitteilung, daß sie ihre großen Fabriken in Breslau, Ohlau und Loslau zu schließen beabsichtige. Eine spätere Meldung besagt allerdings, daß von der Schließung der genannten Betriebe Abstand genommen worden sei, dafür aber sei angeordnet, daß die Betriebe in Breslau, Ohlau, Loslau, Peißerwitz, Steindorf, Urusschlag, Rorschin und andere vom 21. Dezember 1912 bis 7. Januar 1913 die Fabrikation einzustellen haben. Ob in einigen der genannten Orte nach dem 7. Januar wieder voll gearbeitet werde, sei fraglich. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein Teil der G. Deterschen Arbeiter seit langer Zeit nicht mehr voll beschäftigt ist. Es wird behauptet, daß die Firma G. Deter zurzeit etwa 20 Millionen Zigaretten auf Lager habe.

Es mag freilich zugegeben werden, daß es bei der Firma G. Deter mit dem Absatz zum guten Teil wegen ihrer Haltung gegen ihre Arbeiterchaft bergab gegangen ist; die Konsumenten, so weit sie Massenbewußte Arbeiter sind, kümmern sich allmählich etwas mehr um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse; wie sie von den Lieferanten den Arbeitern und Arbeiterinnen gewährt werden. Und der übergroße Teil der hergestellten Zigaretten wird von Arbeitern konsumiert. Immerhin würde eine solche Firma in normalen Zeiten, das heißt ohne die verheerende Wirkung der Wertsteuer auf Handel und Industrie, in der ganzen Zigarettenbranche, nicht so schnell hinabgleiten, als es anscheinend geschieht, es sei denn, daß anderweitige folgenschwere Engagements hineinspielen.

Doch sprechen wir nicht von einzelnen Firmen. Mehr als jemals sind uns aus allen Gegenden Nachrichten über Arbeitslosigkeit zugegangen; von einer erheblichen Anzahl Orten wird gemeldet, daß die Kolleginnen und Kollegen nicht nur von Weihnachten bis Neujahr, sondern zum Teil wochenlang mit der Arbeit aussetzen müssen. Es gewinnt fast den Anschein, als sei Stillstand in der Sache. In einem Unternehmensnachricht unserer Berufes wurde kürzlich der Rat erteilt, die Fabrikanten möchten doch endlich mit der Füllung ihrer Läger einmal aufhören (es führe zu Preisunterdrückung) und ihre Produktion dem Absatz gemäß einschränken. Ein solcher Rat ist vom Standpunkt des Kapitalisten durchaus berechtigt, aber seine Befolgung bringt den armen Tabakarbeitern Hunger und Kummer. Und doch ist die Ansammlung riesiger Lagerbestände ein ungesunder Zustand, den zu verlängern wir Tabakarbeiter keine Ursache hätten, vorausgesetzt, wir hätten die Macht dazu. Ein solcher Zustand kann nur durch einen radikalen Eingriff...

...junktur ausbleibt, wie es in der Tabakindustrie der Fall zu werden scheint, zu einer furchtbaren Krise führen.

Die Zeiten sind also keineswegs rosig, und alle jene, die von einer baldigen Ueberwindung der Wertsteuer träumten oder schwindelten, können sich von den Tabakarbeitern und -Arbeiterinnen die Wahrheit sagen lassen, soweit sie solcher zugänglich sind. Die Hoffnung, in der Tabakindustrie, speziell in der Zigarettenindustrie, die Produktions- und Handelsbedingungen auf der Grundlage eines vernünftigen Zusammensitzens sämtlicher Interessenten, wozu natürlich auch die Tabakarbeiterchaft gehört, zu regeln, wird unerfüllt bleiben. Und schließlich weiß die Tabakarbeiterchaft auch nur zu gut, daß die Wertsteuer und alle anderen Uebel unserer Industrie Fleisch vom kapitalistischen Fleische sind. Die Fabrikanten müßten sich deshalb mit ihresgleichen auseinandersetzen. Für die Tabakarbeiterchaft aber heißt es, alle Hebel in Bewegung setzen, um nicht nur unterzugehen in der wirtschaftlichen Depression, sondern trotz aller ungünstigen Umstände ihre Lage zu verbessern. Das verflissene Jahr hat gezeigt, daß trotz mäßigen Geschäftsganges die Bewegung in hohen Wogen gehen kann, daß sich etwas erreichen läßt. Wird auch das neue Jahr uns über die schlechte Lage der Industrie noch nicht hinweg bringen, so heißt es dennoch auf dem Posten sein. Je größer die Gefahr, je schlimmer es in unserer Industrie aussieht, um so fester muß die Tabakarbeiterchaft zusammenstehen, das ist logisch. Je früher die Ausschalen, je größer ist die Gefahr für die Tabakarbeiterchaft und je schwerer ist ihr Kampf.

Die Tabakarbeiter haben zu bedenken, daß sie an der Gestaltung ihrer Lage mitzuarbeiten haben. Je nachdem, wie sie zusammenstehen und bei dem großen Werke zugehen, sei es in der Verteidigung oder im Angriff, wirken sie für bessere Zeiten. Und ihre Waffe ist der Deutsche Tabakarbeiter-Verband.

## Der Balkankrieg und seine Folgen.

### Die Antwort der Verbündeten.

**London, 4. Januar.** Die Stimmung in den Kreisen der Balkanalliierten war heute nachmittag eine sehr pessimistische, da man der Ansicht ist, daß die neuen Vorschläge der Türken völlig unzureichend sein würden.

**Bomben, 4. Januar.** In einem Interview erklärte der bulgarische Soubanpräzident: Wenn wir auch die Türkei nicht daran hindern können, die Mächte um ihre Vermittelung anzufragen, so können wir trotzdem den Krieg wieder aufnehmen.

**Wien, 4. Januar.** Ländliche Meldungen zufolge, rechnet man in den diplomatischen Kreisen mit Bestimmtheit darauf, daß die Friedensverhandlungen abgebrochen, und daß beide Teile sich an die Großmächte wenden werden, deren Schiedsspruch für beide Teile günstig sein dürfte. Der Schiedsspruch wird dahin lauten, daß Adrianopel an Bulgarien abgetreten wird, die Türkei dagegen den größten Teil der ägäischen Inseln behalten würde.

### Geheime Unterhandlungen zwecks Uebergabe von Adrianopel.

**Paris, 5. Januar.** Der Korrespondent des „Matin“ erzählt aus guter Quelle, daß bereits geheime Unterhandlungen über die Uebergabe von Adrianopel angedeutet wurden. Bulgarien soll dem Sultan das Angebot gemacht haben, ihn als geistliches Oberhaupt der Muselmanen im Vilajet Adrianopel anzuerkennen und allen Moscheen die Territorialität zu versichern.

### Konzentration der österreichischen Flotte.

**Rom, 5. Januar.** Wie gemeldet wird, ist die österreichische Flotte im Hafen von Cattaro zusammengezogen und auf Kriegsbasis gestellt worden. Täglich werden mit den Schiffen kombinierte Manöver vorgenommen. Die Gerüchte, daß Oesterreich an eine Demobilisation denke, sind also völlig unbegründet, im Gegenteil treffen stets neue Truppen aus Dalmatien ein.

### Spannung zwischen Rumänien und Bulgarien.

**Bukarest, 4. Januar.** Die Beziehungen zwischen Rumänien und Bulgarien sind in eine entscheidende Phase getreten. Die Forderungen der rumänischen Regierung bezüglich der Restituierung der Südgrenze der Dobrußja sind überall sehr maßvoll gehalten. Trotz ihrer ausgeprochenen Friedensliebe ist die rumänische Regierung fest entschlossen, keine Verzichtspunkte der Angelegenheit zuzugeben, und wenn nötig, in Bulgarien einzumarschieren und sich mit Gewalt zu nehmen, was ihr gutwillig verweigert wird. Die notwendigen militärischen Vorbereitungen sind bereits in vollstem Umfang getroffen worden.

**Bukarest, 5. Januar.** In gutunterrichteten Kreisen wird behauptet, es sei Take Jonescu in London gelungen, mit Danew wegen der von Rumänien gestellten Forderungen zu einem Einverständnis zu gelangen. Die Stimmung ist ruhiger geworden, wozu auch die herannahenden Feiertage beitragen.

**Athen, 5. Januar.** Einer Meldung der Zeitung „Empres“ zufolge kam es in Konstantinopel zu großen Kundgebungen gegen Griechenland. Die Massen zerstörten mehrere griechische Geschäfte und veranfaßten eine lärmende Kundgebung vor dem griechischen Konsulate. Militär mußte einschreiten und konnte nur mit vieler Mühe die Ruhe und Ordnung wieder herstellen.

## Parteiangelegenheiten.

**Nicht bestätigt.** Wir berichteten jüngst, daß in Brackel bei Dortmund der Parteigenosse Bergmann Haumann zum stellvertretenden Gemeindevorsteher gewählt worden sei. Haumann hat jetzt folgendes Schreiben erhalten:

„Die Bestätigung zu der Wahl des Bergarbeiters Otto Haumann zu Brackel als stellvertretender Gemeindevorsteher der Gemeinde Brackel wird unter Zustimmung des Kreis-Ausschusses verweigert.“

Von einem preussischen Landrat konnte nichts anderes erwartet werden.

**Ein hiesiger Verhaftungsfall in einem Monat.** In dem letzten Monat des Jahres 1912 sind, wie im November vorher, sieben Verhaftungsgegenstände gegen sozialdemokratische Zeitungen bekannt geworden. Fünf Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, ein Genosse sogar zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe.

...lamen Geldstrafen in Anwendung. Insgesamt wurden im genannten Monat an Strafen verhängt: 17 Monate Gefängnis und 1240 Mk. Geldstrafen. Die niedrigste Geldstrafe war 20 Mk., die höchste 250 Mk.

Vom April 1912 bis Ende Dezember gab es sonach 128 Verhaftungsgegenstände mit drei Jahren einem Monat Gefängnis und 14800 Mk. Geldstrafe.

**Von der Parteipresse.** Der Landtagsabgeordnete Genosse Albert Rohaupter, bis vor kurzen Redakteur des „Süddeutschen Eisenbahnerzeitung“, welchen Posten er infolge der deutschen Eisenbahnerverbandes niedergelegt hat, ist von Nürnberg nach Augsburg übergesiedelt und in die politische Redaktion der „Schwäbischen Volkszeitung“ eingetreten.

## Frauenfortschritt im Jahre 1912.

Was soll man als Fortschritt ansprechen? Die Ueberwindung veralteter Gebräuche und Verordnungen, den weiblichen Fortschritt für die Allgemeinheit eher große Schritte zu Frauen? Dann können wir in Deutschland mit der Laternen suchen und finden kaum etwas, das der Erwähnung wert wäre. Mit geschickten Reformen ist man hier nicht rasch bei der Hand, und glauben die Frauen wirklich eine Förderung durchgesetzt zu haben, so sehen sie sich in der Regel bitter enttäuscht; man baut einen Wall von schwer erfüllbaren Vorbedingungen um die Bewährung ihrer Ansprüche. Nimmt man aber das sachte Vormärtsdrängen der Frauen, das Hineinschieben in neue Positionen, die zuerst nur mit Mühe gehalten werden können, und vor allem die Bemühung für die Erringung politischer Rechte und Anerkennung der Gleichberechtigung für ein Fortschreiten, so kann wenigstens etwas berichtet werden.

Das Jahr 1912 steht ein mit den Wahlkämpfen, die bereits Ende 1911 begonnen hatten. Alle verfügbaren Kräfte wurden angespannt, und in den Parteien der Linken bis hinüber zum Zentrum arbeiteten die Frauen eifrig mit. Sie konnten nicht mitwählen, aber sie waren in den Organisationen tätig, und besonders die sozialdemokratischen Frauen haben keine Mühe und kein Opfer gescheut, um der Partei zum Siege zu verhelfen. Zu allen Arbeiten wurden sie verwendet: Sie haben geredet, Flugblätter verteilt, Listen geschrieben, geschleppt, im Wahllokal die Listen geführt — überall sah man Frauen. Aber auch in den anderen Parteien hatte man etwas gelernt. Selbst das Zentrum, das heute noch so wenig für Frauenrechte zu haben ist, verstand es meisterhaft, sich die Frauen nutzbar zu machen. Am Rhein hielten die Christlichen ihre Schwestern zusammen. In großen Versammlungen wurde zum Kampf für die angeblich „gefährdete Religion“ aufgerufen, und in den größeren Städten bildeten sich denn auch Frauenkomitees, die eine Menge Agitationsarbeit für das Zentrum übernahmen.

Mancher sozialdemokratische Sieg ist der Frauenarbeit mit zuzuschreiben, aber auch da, wo andere Parteien siegen, wurden durch die Agitationsarbeit Fortschritte erzielt. Die Frauen sind ausgewacht worden. Sie bestimmen sich auf sich selbst und geben sich nicht mehr mit dem kümmerlichen Trost zufrieden, daß alles so wie es ist, schon immer gewesen sei. Jangen sie aber erst an, über all das nachzudenken, so drängen sie weiter und lassen sich nicht mehr in der dumpfen und dumpfen Ergebung festhalten. Und dieses Vormärtsdrängen ist etwas Großes, ist ein gewaltiger Fortschritt. Den größten Anteil aber an ihm sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung hat die Arbeiterchaft.

In den „bürgerlichen“ Berufen sehen wir Konkurrenzneid und Eifersucht vor dem Aufschwung der Frauenarbeit bei den Männern. Die Arbeiterchaft kennt diese Angst nicht. Sie weiß, daß die Frauen durch die wirtschaftliche Entwicklung gezwungen werden, mitzuarbeiten, und sie versuchen gemeinsame Verbesserungen ihrer Lage durchzusetzen. In den Arbeitskämpfen stehen sie Seite an Seite, und die Frauen verlieren auch dann den Mut nicht, wenn man verliert, sie besonders hart zu treffen. Ob die preussischen Justizbehörden glauben, die Arbeiterchaft gefügiger zu machen, wenn sie mit aller Schärfe auch gegen ihre Angehörigen vorgehen? In Preußen konnte es geschehen, daß Frauen mit ihren Säuglingen in den Gefängnis wandern mußten, weil sie die Streikbrecher im Ruhrgebiet beim richtigen Namen nannten. Man hatte nicht Zeit, solange zu warten, bis das Kind von der Mutter entpuppt war. Dieser Rückschritt im Jahre 1912 mißet selbst am, wenn man bedenkt, wieviel gerade in diesem Jahre über Säuglingspflege und Mutterschutz geredet und geschrieben worden ist. Auch dieses Vorgehen wird mancher Frau die Augen geöffnet haben.

Andere Schichten berufstätiger Frauen, so die Lehrertinnen und Krankenpflegerinnen, beginnen einzufühlen, daß sie ihre Lage erst dann wirklich besser können, wenn sie politische Rechte erhalten haben. Der Verband preussischer Volksschullehrerinnen, die technischen Lehrertinnen und die Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands stellen zum ersten Male auf ihren Generalversammlungen das Verlangen nach der politischen Gleichberechtigung auf.

Von der Erfüllung dieser Forderung sind die deutschen Frauen natürlich noch weit entfernt. Ein einziges deutsches Parlament, die obdenburgische Volksvertretung, hat bisher das Frauenwahlrecht zur Kommune gefordert. Der obdenburgische Landtag beschloß, den Frauen, die das 21. Lebensjahr vollendet und drei Jahre der Gemeinde angehört haben, das politische Kommunalwahlrecht zu geben. Die obdenburgische Regierung hat den Antrag jedoch, wie nicht anders zu erwarten war, abgelehnt.

Bei den Vertreterwahlen zur Angestelltenversicherung konnten dagegen die Frauen zum ersten Male als vollberechtigte Wähler mitwirken. Ihre Befähigung war reger, und es wird niemand mehr sagen können, daß „die Frauen keinen Gebrauch von den Rechten machen, die ihnen zustehen“. Aber trotzdem kommt keine rechte Freude auf. Auch dieser Fortschritt brachte bedauerliche Begleiterscheinungen: Ein großer Teil der weiblichen Angestellten ließ sich verleiten, um eines Schlagwortes — oder um der Angst vor der Sozialdemokratie willen — durch die Stimmabgabe für die mit den Listen des sog. Hauptauschusses verbundene „reine Frauenliste“ die reaktionären Handels-Gewerkschaften zu unterstützen.

Der Deutsche Handelskammertag beantragte, den wahlberechtigten Frauen durch Gesetz die selbständige Stimmabgabe bei den Handelskammertagswahlen zu ermöglichen. Der Handelsminister erklärte, daß kein Antrag vorliege, daß Handelskammertage zu ändern.

kleine Fortschritte sind insofern erzielt worden, als die Kommunen die Frauen mehr und mehr zur Mitarbeit heranziehen und auch in der Fürsorge hier und da bessere Beamtinnen anstellen. In Breslau wurden zum ersten Male zwei Frauen in das Kuratorium eines städtischen Krankenhauses gewählt.

Aber was bedeuten diese kleinen Errungenschaften? Viel wichtiger ist die Tatsache, daß sich überall das politische Interesse der Frau regt. In sämtlichen Parteien beginnt man der Frauenfrage besondere Beachtung zu schenken. Selbst die nationalliberalen Frauen machen ihre ersten schmerzlichen Organisationsversuche; und in der konservativen Presse lauscht in bestimmten Zusammenhängen immer wieder die Frage auf, ob man die politische Organisation der Frauen wirklich den anderen Parteien überlassen dürfe.



